Nummer 44 Berlin, den 29. Oktober 1926 38. Jahrgang

Der Textil-Arbeiter

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin O 34, Memeler Str. 8/9
Fernsprecher: Königstadt 1006, 1076 und 1282. — Die Zeitung erscheint jeden Freitag
Telegrammadresse: Textilpraxis Berlin

Vereinzelt seid Ihr nichts — Vereinigt alles!

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Anzeigen- und Verbandsgelder sind an Otto Rehms, Berlin O. 34 Memeler Straße 8/9 (Postscheckkonto 5386), zu richten. — Bezugspreis nur durch die Post. Vierteljährlich 6 Mk.
Anzeigenpreis 4 Mark für die dreigespaltene Zeile.

Gegen den Protektionismus.

(Stellt die Freiheit des Handels her.)

Der Rat der internationalen Handelskammer in Paris hat eine Wirtschaftskundgebung veröffentlicht, die er selbst als einen Ruf zur Beseitigung der Einengungen des europäischen Handels bezeichnet. In der Kundgebung wird darauf hingewiesen, daß infolge des Krieges große europäische Wirtschaftsgebiete zerstückelt worden sind. Hinter hohen Zollmauern haben die einzelnen Länder Industrien großgezüchtet, die in ihren Auswirkungen eine künstliche Weltteuerung hervorgerufen haben und sich lähmend auf den Warenverkehr und den Geldverkehr legen. Der Handel sei heute nicht mehr der natürliche Güteraustausch zwischen den Völkern, sondern ein Krieg, unter dem alle leiden. Die Kundgebung schließt mit der eindeutigen Aufforderung, durch Niederlegung der Zollmauern die Freiheit des Handels wiederherzustellen. Dem dürfte wohl jeder zustimmen können.

Als die sozialistische Internationale nach dem Kriege wiedererstand, stellte sie als eine ihrer wichtigsten Forderungen die Beseitigung der Hemmungen im internationalen Warenverkehr durch Abbau der übersetzten Zölle und der Ein- und Ausfuhrverbote auf. Sozialisten waren es, die zuerst den Kampf gegen eine der schrecklichsten Kriegsfolgen, den sogenannten Protektionismus, die Lähmung des Handels und der Wirtschaft, des ganzen internationalen Verkehrs durch Auswüchse der Zollgesetzgebung, aufnahmen. Bezeichnenderweise war es unser belgischer Genosse Vandervelde, der im Auftrage des Wirtschaftsausschusses des Völkerbundes im Jahre 1924 von der Völkerbundversammlung die Ablösung, die Liquidation des Kriegsprotektionismus durch Anwendung der freihändlerischen Grundsätze im internationalen Handel, den normalen und natürlichen Austausch von Gütern zwischen den Völkern verlangte. Auch der vorbereitende Ausschuß für die kommende internationale Wirtschaftskonferenz des Völkerbundes setzte sich in seiner dritten Kommission für die Wiederherstellung der Freiheit des Handels ein und es ist kein Geheimnis, daß gerade die Vertreter der internationalen Gewerkschaften in dem vorbereitenden Ausschuß zur Weltwirtschaftskonferenz hinter dieser Forderung stehen. Wenn sich jetzt hervorragende Vertreter des internationalen Kapitalismus für diese Forderung öffentlich einsetzen und einen weiteren Schritt zur Ueberwindung der Kriegspsychose getan haben, ist das von besonderer Bedeutung. Hinter dem Rat der Internationalen Handelskammer in Paris stehen nämlich einflußreiche Kreise, deren wirtschaftliche und auch politische Macht sehr weit reicht.

Was ist eigentlich die Internationale Handelskammer? Sie besteht schon seit dem Jahre 1905 und hatte seit dem Jahre 1906 einen ständigen Ausschuß in Brüssel. Ihr Arbeitsfeld waren die internationalen Markt- und Handelsfragen, wie Postreform, Einschränkung der Zollförmlichkeiten, Vereinheitlichung der Handelsstatistik, Ausbau des internationalen Schiedsgerichtswesens, Neutralisierung der Seewege usw. Die Handelskongresse der Internationalen Handelskammer, die sowohl in Europa als auch in den Vereinigten Staaten stattfanden, waren oft entscheidend und man sagte dem Ausschuß der Handelskammer in Brüssel großen politischen Einfluß nach. Der Krieg zerschlug auch diese Einrichtung, und erst im Jahre 1919 konnte die Kammer durch Anregung der Amerikaner mit dem Sitz in Paris neu gegründet werden. Vorsitzender wurde Dr. Walter Leaf und Generalsekretär Professor Dr. Edouard Dollfans. Die Mittelmächte waren zunächst von der Beteiligung an der Kammer ausgeschlossen; im Jahre 1924 setzte man aber die Beteiligung Deutschlands durch. Heute sind wir in der Internationalen Handelskammer einmal durch die Landesorganisation der deutschen Handelskammern, den Deutschen Industrie- und Handelstag, vertreten, weiter durch den Reichsverband der deutschen Industrie und durch die Zentralverbände des Ein- und Ausfuhrhandels, des Großhandels und des deutschen Einzelhandels. Außerdem gehören zahlreiche deutsche Firmen und Einzelpersönlichkeiten der Kammer an. Wie weit die Macht der Kammer reicht, geht wohl am besten daraus hervor: der Handelskongreß der Kammer im Jahre 1923 in Rom sprach sich in einer damals viel beachteten Entschließung für die Regelung der Reparationsfrage entsprechend den wirtschaftlichen Möglichkeiten aus. Diese Entschließung ist dann auch der Ausgangspunkt für die Dawes-Gesetzgebung geworden. Der Druck der wirtschaftlichen Notwendigkeit, dem in erster Linie die Spitzen des internationalen Kapitalismus ausgesetzt waren, führte aus der mit Haß und Blut geschwängerten Atmosphäre der Ruhrbesetzung zu der wirtschaftlich friedlichen Lösung auf Grund des Dawes-Planes.

Möglicherweise wird die Wirtschaftskundgebung der Internationalen Handelskammer in Paris zu einer ähnlichen Wendung in der Erörterung der internationalen Markt- und Handelsfrage führen. Es sind gewichtige Namen von nationalem und internationalem Einfluß, die unter dem denkwürdigen Schriftstück stehen. Zu nennen sind der amerikanische Finanzmann Morgan, der Engländer Norman, der Holländer Vissering, der Franzose Sergent und die Direktoren der deutschen D-Banken. Zu den Männern der internationalen Finanz gesellen sich die Vertreter der internationalen Industrie, vor allem die beiden Engländer Balfour und Vickers und auf deutscher Seite Dr. Bosch vom Farbentrust, Albert Vögler vom Stahltrust und von der internationalen Rohstahlgemeinschaft, Felix Deutsch von der AEG. und Frowein, der der Textilindustrie und dem Reichsverband der deutschen Industrie nahesteht.

Die Schwierigkeiten für eine Wiederherstellung der Märkte und des Handels sind nicht zu unterschätzen, trotz des Einflusses, den die Internationale Handelskammer besitzt. Wenn auch die in Gang befindliche Stabilisierung der westeuropäischen Währungen (Frankreich, Italien, Belgien), mit deren erfolgreichem Abschluß bestimmt zu rechnen ist, eine Erörterung der Handels- und Marktfragen auf internationaler Grundlage erleichtert, wird man doch mit heftigstem Widerstand einer ganzen Reihe von Staaten, besonders in Europa, zu rechnen haben. So unterzeichneten die Franzosen die Kundgebung der Internationalen Handelskammer nur mit Vorbehalt und die italienische Presse spricht sich ohne tiefere Zuneigung gegenüber dem Schritt der Kammer aus. Ohne Zweifel arbeitet die Internationale Handelskammer nun Hand in Hand mit dem Völkerbund und mit dem Internationalen Arbeitsamt. Hier aber fehlen alle direkten Mittel, um die Widerstrebenden zur Anerkennung vernünftiger Grundsätze zu bringen. Das aber darf nicht abschrecken. Einmal werden die Zollmauern nicht mit einem Schlage niedergelegt werden können; des anderen ist die Frage der Wiederherstellung des Handels vorzugsweise eine europäische Frage. Wenn sich in Europa auch nur zwei Staaten finden, die für sich in irgendeinem Abkommen die Abkehr vom Protektionismus vornehmen, so dürfte sich daraus ganz zwangsläufig der Beitritt anderer Staaten ergeben. Im Grunde genommen wäre damit der Anfang zur Errichtung der europäischen Zollunion gemacht. Bezüglich der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes dürfte sich daraus die Möglichkeit ergeben, die Handelsumsätze zu vergrößern und die Arbeitsmärkte wieder in Ordnung zu bringen (zu reorganisieren). Heute sind es zwei Staaten, die insbesondere unter der Arbeitslosigkeit und den zusammengeschrumpften Handelsumsätzen leiden: England und Deutschland. Und beide Staaten scheinen bereit zu sein, ihren Einfluß und ihre Macht für die Herstellung der Freiheit des Handels und der Märkte gemäß der Kundgebung der Internationalen Handelskammer im Rahmen des Völkerbundes einzusetzen. Wichtiger als schnelle greifbare Erfolge dürfte dabei die Tatsache der geistigen Abkehr von den wirtschaftsfeindlichen Grundsätzen des Protektionismus sein.

In der Internationalen Handelskammer in Paris ist die Organisation des internationalen Finanzkapitalismus zu erblicken; vor allem herrschte der Einfluß der internationalen Großfinanz vor. Wenn gerade diese sich zum Rufer im Kampf gegen die Hemmungen im internationalen Warenverkehr machte, hat das seine besonderen Ursachen. Die rückständige Wirtschaftsmaschine in der ganzen Welt leidet darunter, daß sie viel, aber zu teuer erzeugt. Die Wirtschaftsführung des gesamten Privatkapitalismus der ganzen Welt lief zuletzt auf eine Senkung der Reallöhne hinaus. Damit senkte man den Preis für eine der wichtigsten Waren, den Preis für die menschliche Arbeitskraft. Man konnte aber den Preis für alle anderen Waren nicht senken. Dadurch entstand der Gegensatz zwischen Leistungsfähigkeit der Wirtschaftsmaschine und der Kaufkraft der Verbrauchermassen. Das Arbeitseinkommen reichte nicht aus, die erzeugten Güter voll aufzunehmen. Die unheilvolle Entwicklung einerseits zu niedrige Löhne und andererseits zu hohe Warenpreise, wurde zweifellos durch den Zollunfug verschärft. Der höhere Zoll und das Einfuhrverbot bedeuteten eine weitere Senkung der Reallöhne. Dadurch wurde der Gegensatz zwischen Wirtschaftsmaschine und Kaufkraft selbstverständlich verschärft. Vom Standpunkt des Privatkapitalisten betrachtet, insbesondere von dem des internationalen Finanziers gesehen, heißt das Senkung der industriellen Rente. Die Gelder, die in den Industrien aller Welt angelegt wurden, brachten nicht die nötige Verzinsung. Die Zinssätze, die man für Leihgeld erhielt, waren höher. Deshalb sträubten sich die Kapitalbesitzer dagegen, ihr Geld in der produktiven Wirtschaft anzulegen. Aus diesen Zusammenhängen erklärt sich zum Beispiel der flüssige Geldmarkt, des Marktes auf dem man Geld für kurze Zeit aufnehmen kann, und nicht zuletzt die Betrachtung der Spekulation an den Wertpapierbörsen, die seit Monaten nun schon andauernde Kette von Börsenhaussen. Der eigentlichen Wirtschaft aber werden diese Gelder, mit denen man in der Spekulation Geschäfte macht, entzogen. Der internationale Finanzkapitalismus braucht aber in den nächsten Monaten und Jahren ungeheure Summen, die die Umgestaltung der Industrien in allen Ländern dienen sollen. Wir erinnern nur daran, daß die Ausnützung der deutschen Patente zur Herstellung von Benzinen aus Kohle, zur sogenannten Verflüssigung der Kohle, Summen erfordert, die in die Milliarden gehen. Aus sich heraus kann die internationale Finanz die erforderlichen Mittel nicht aufbringen. Folglich müssen die kleinen und kleinsten Kapitalbesitzer herangezogen werden. Diese werden aber ihr Geld nur gegen eine entsprechende Verzinsung hergeben wollen. Also muß man die industrielle Rente steigern. Man muß Erzeugung und Warenverteilung ertragreicher (rentabler) machen, und man kann das, wenn man den internationalen Warenverkehr von den protektionistischen Hemmungen befreit, zu einer vernünftigen Regelung der Dinge zurückkehrt. Das ist der tiefere, wenn auch höchst einseitig kapitalistische Sinn der Wirtschaftskundgebung der internationalen Handelskammer, des internationalen Finanz- und Industriekapitalismus.

Der Arbeitnehmer in Europa hat die ganze Bewegung vor allem vom Standpunkt des europäischen Arbeitsmarktes aus zu betrachten. Der Zollunfug, der Protektionismus, hat nicht wenig zur gegenwärtigen Desorganisierung der europäischen Arbeitsmärkte beigetragen, hat sie in dem Maße, wie die Zollauswüchse sich mehrten, in Unordnung gebracht. Zweifellos wird die Rückkehr zum Freihandelsgrundsatz im Warenverkehr eine Entlastung für die Arbeitsmärkte bedeuten. Aber damit sind die Arbeitsmärkte noch lange nicht wieder in Ordnung gebracht. Das kann nur geschehen, indem man die Bevölkerung wieder kauffähig genug macht, um die Erzeugung der Wirtschaftsmaschine kaufen und verbrauchen zu können. Die Vorbedingungen sind dazu geschaffen, indem man die ganze Warenerzeugung auf eine verbilligte Produktion umgestellt hat. Die verbilligte Produktion kommt aber nicht den Verbrauchermassen zugute, sondern wird einseitig dazu verwandt, um die finanzielle Macht des Privatkapitalismus zu stärken. So sind die Gegensätze zwischen der Wirtschaftsmaschine und der Kaufkraft, die Lücken zwischen Reallohn und Warenpreisen nicht überwunden, und die ganze Umstellung, die sogenannte Rationalisierung, ist für die Arbeitsmärkte eine weitere Belastung geworden. Auch der internationale Kapitalismus, der jetzt mit der Wirtschaftskundgebung der internationalen Handelskammer zu Paris die Freiheit des Handels fordert, wird einsehen lernen müssen, daß die Wiederherstellung eines natürlichen Güterverkehrs zwischen den Völkern nur von untergeordneter Bedeutung ist. Hauptsache ist nicht, daß man die Güter an den Verbraucher heranbringt, was durch die Wiederherstellung der Freiheit des Handels gefördert werden kann. Hauptsache ist und bleibt, daß der Verbraucher diese Güter auch kaufen kann. Das heißt: Steigerung des Reallohnes, deren Voraussetzung durch eine rationeller arbeitende Wirtschaft gegeben sind. Wenn es überhaupt eine Reorganisierung der internationalen Wirtschaft und der internationalen Arbeitsmärkte gibt, dann ist es dieser. Einen anderen Weg gibt es nicht!!

Die Organisation des Textilkapitals.

Von A. Kernchen.

(6. Fortsetzung.)

Der Familienname Anhegger erscheint außer in der Direktion der Chemnitzer Actien-Spinnerei auch bei der 1856 gegründeten „Württembergischen Baumwollspinnerei und Weberei in Brühl bei Eßlingen am Neckar". Hier ist Kommerzienrat Eugen Anhegger Direktor. Die Gesellschaft betreibt 55 228 Spindeln und 1044 Webstühle. Der Grundbesitz erstreckt sich auf 191 350 qm. Das Aktienkapital betrug 1914: 2 304 000 Mk., gegenwärtig 2 005 000 Mk. Trotz geringeren Aktienkapitals hat sich in 1925 der Reingewinn gegenüber 1914 mehr als verdoppelt: 632 062 Mk. gegen 280 112 Mk., woraus 1925 15 Proz. und 1914 9 Proz. Dividende verteilt wurden. Durchschnittlich schüttete die Gesellschaft in den Jahren 1886 bis 1925 (außer 1922/23) 10,25 Proz. Dividende aus.

Aufsichtsratsvorsitzender ist Kommerzienrat Generalkonsul Dr. G. von Doertenbach, der auch der Kammgarnspinnerei Bietigheim angehört. Sein Stellvertreter, Carl Heinrich Gyr, ist zugleich Aufsichtsratsvorsitzender der Allgäuer Baumwollspinnerei und Weberei Blaichach vorm. Heinrich Gyr.

Von den übrigen Aufsichtsratsmitgliedern ist zu nennen Heinrich Blezinger, Aufsichtsratsvorsitzender der Bleicherei, Färberei und Appreturanstalt Stuttgart mit dem Sitz in Uhingen. Die Uhinger Gesellschaft wurde 1869 errichtet. Sie ist an mehreren Textilfirmen beteiligt. Die festen Schulden des Unternehmens beliefen sich 1914 bei einem Aktienkapital von 950 000 Mk. auf 666 015 Mk., 1925 bei 1 210 000 Mk. Aktienkapital auf 118 547 Mark. An Reingewinn wurden 1914 85 753 Mk., 1925 180 635 Mk. erzielt, woraus 4 bzw. 8 Proz. Dividende zur Verteilung gelangten. Durchschnittsdividende (1886 bis 1925 außer 1922/23): 7,6 Proz.

Ende 1925 beteiligte sich das Unternehmen an der Gründung der „Ausrüstungsanstalt Wiesental A.-G. in Brombach". Mitgründer sind die Baller Kontonalbank in Basel, die Druckerei und Appretur Brombach A.-G. in Brombach, die Christian Dierig G. m. b. H. in Oberlangenbielau (Mutterunternehmen der Dierig-Gruppe), die Gebrüder Graßmann A.-G. in Brombach, sowie die Bleichereien, Färbereien und Ausrüstungsanstalten Martini u. Cie., G. m. b. H. in Augsburg, Hermann Windel G. m. b. H. in Windelsbleiche bei Bielefeld, und Otto Budde, offene Handelsgesellschaft in Barmen. Das Grundkapital der neuen Gesellschaft beträgt zwei Millionen Mark. Dem Aufsichtsrat gehören u. a. an Dr. Wolfgang Dierig, Fabrikbesitzer in Oberlangenbielau und Hans Blezinger, Fabrikdirektor in Uhingen. Durch diese Neugründung hat sich also die Stuttgarter Interessentengruppe mit der Dierig-Gruppe zusammengeschlossen.

Neben Hans Blezinger führt die Uhinger Bleicherei Direktor Carl Popp. Dieser gehört dem Aufsichtsrat der Süddeutschen Baumwolle-Industrie in Kuchen an. Der Direktor der Kuchener Firma, Emil Waibel, ist wiederum Aufsichtsratsmitglied der

Inhalt: Gegen den Protektionismus. — Die Organisation des Textilkapitals (6. Fortsetzung). — Die internationale Gruppierung wirtschaftlicher Großmächte. — Baumwollernte — Baumwollpreise. — Mode und Textilindustrie. — Frauenteil. — Aus der Textilindustrie. — Von der Herbstagitation. — Ein Sklavenvertrag. — Prügel statt Lohn! — Aus dem Gau Thüringen. — Arbeitsrechtliches. — Das internationale Arbeitsamt, die Arbeitermassen und der Achtstundentag. — Literatur. — Bekanntmachungen. — Anzeigen. — Beilage: Zu der Landtagswahl in Sachsen. — Bericht vom Reichskongreß der Textilarbeiterinnen in Gera (1. Fortsetzung). — Berichte aus Fachkreisen. — Die Gewerkschaftsbewegung in Europa. — Literatur.

Uhinger Bleicherei. Beide Gesellschaften stehen durch Aktienaustausch in gefestigter Interessengemeinschaft. Am 5. September 1922 trat Emil Warmel zusammen mit Heinrich Blezinger in den Aufsichtsrat der an diesem Tage gegründeten Kleiderfabrik Kempel-Leibfried A.-G. in Urach. Deren Aufsichtsratsmitglied Egon Groß ist Mitinhaber der Spinnerei und Weberei Gebrüder Groß A.-G. in Urach.

Die Süddeutsche Baumwolle-Industrie in Kuchen betreibt 68 976 Spindeln und 1773 Webstühle. Filialen bestehen in Waltenhofen beim Kempten (Trosselspinnerei), Günzburg a. d. Donau (Weberei) und Altenstadt bei Geislingen a. Steig. Insgesamt besitzt die Gesellschaft 2 200 000 qm Grundbesitz, wovon 1 660 000 qm auf Wasserläufe und Seen entfallen. Das Aktienkapital beträgt 4 005 000 Mk., 1914: 2 000 000 Mk. Im ersten Kriegsjahr war die Gesellschaft noch mit 728 623 Mk. Hypotheken belastet, jetzt stehen nur noch 70 000 Mk. Teilschuldverschreibungen zu Buche. Der Reingewinn betrug 1914 140 341 Mk. (Dividende 5 Proz.), 1924/25 536 340 Mk. (Dividende 10 Proz.). Durchschnittsdividende der Jahre 1885/86 bis 1924/25 (außer 1921/22 bis 1923/24) 6,8 Proz. Das Unternehmen hatte vor dem Kriege 1 Direktor, 2 Prokuristen und 5 Aufsichtsratsmitglieder, gegenwärtig 1 Direktor, 2 stellvertretende Direktoren, 1 Prokuristen, 3 Bevollmächtigte und 8 Aufsichtsratsmitglieder. Vorsitzender des Aufsichtsrats ist Geheimer Kommerzienrat Gustav von Müller. Er gehört auch dem Aufsichtsrat der Württembergischen Leinen-Industrie in Blaubeuren an. Außer drei Vertretern der Uhinger Bleicherei befindet sich im Aufsichtsrat der Süddeutschen Baumwolle-Industrie Kuchen auch der Vertreter des Blumenstein-Konzerns, Adolf Waibel, Charlottenburg.

Wir wollen jetzt betrachten, wie die Baumwollindustrie des Rheinlandes miteinander verkettet ist. Außer dem bereits besprochenen Baumwoll-Großkonzern Hammersen bilden hier größere Baumwollgruppen die Vereinigten Spinnereien A.-G. in Rheydt und die Vereinigten Buntwebereien A.-G. in M.-Gladbach. Wie der Name „Vereinigte" schon sagt, handelt es sich um einen Zusammenschluß mehrerer früher selbständiger Unternehmen. Juristisch ausgesprochen ist dies eine Fusion.

Die Vereinigten Spinnereien A.-G. in Rheydt entstand am 25. September 1922 durch Fusion der Kommanditgesellschaften A. Bresges, Rheydt; W. Dilthey u. Co., M.-Gladbach-Rheindahlen; C. H. Goeters Spinnerei, Viersen; H. G. Wienands u. Söhne, Rheydt, und der offenen Handelsgesellschaft J. A. Lindgens Erben, Hochneukirch. Die neue Gesellschaft wird von 10 Direktoren geleitet. Diese sind zum Teil auch an anderen Unternehmungen interessiert. So ist z. B. Direktor August Hermann Goeters in Viersen Aufsichtsratsmitglied der Viersener Textilwerke Pongs u. Zahn A.-G. in Viersen und der Paul M. Busch Baumwollspinnerei A.-G. in M.-Gladbach; Direktor Carl Schmölder in Hochneukirch Aufsichtsratsmitglied der Gladbacher Wollindustrie A.-G. in M.-Gladbach; Direktor Emil Wienands in Rheydt Aufsichtsratsmitglied der Mechanischen Baumwollentweberei H. Pferdmenges jr. A.-G. in Rheydt und der Tuchfabrik, Spinnerei und Kunstwollfabrik Wienands, Castreel u. Gieson A.-G. in Rheydt. Die früher offene Handelsgesellschaft J. A. Lindgens Erben in Hochneukirch beteiligte sich am 29. September 1922 an der Gründung der Carl Schmölder u. Co. A.-G. Baumwollspinnerei und Zwirnerei in Rheydt.

Vorsitzender des Aufsichtsrats der Vereinigten Spinnereien A.-G. in Rheydt ist Robert Pferdmenges, Vorstandsmitglied des A. Schaaffhausenschen Bankvereins in Köln. Er beaufsichtigt etwa 30 Aktiengesellschaften. U. a. führt er den Vorsitz bei den Textilaktiengesellschaften Carl Schmölder u. Co., Baumwollspinnerei und Zwirnerei in Rheydt, Paul Busch Baumwollspinnerei A.-G. in M.-Gladbach, A.-G. für Weberei und Ausrüstung in Rheydt und Vigognespinnerei Pferdmenges u. Herren A.-G. in M.-Gladbach. Vorstandsmitglied letzterer Gesellschaft ist Fabrikdirektor Walter Pferdmenges. Als stellvertretender Vorsitzender fungiert Robert Pferdmenges bei den Textilaktiengesellschaften Spinnerei Julius Langen A.-G. in M.-Gladbach und mechanische Seidenweberei C. C. Bang Nachfolger A.-G. in Rheydt. Ferner ist er Mitglied bei den Textilfirmen Spinnerei und Weberei A.-G. in Grevenbroich, Dülkener Baumwollspinnerei A.-G. in Dülken, Gladbacher Wollindustrie, Gebr. Liebmann u. Oehme A.-G. in Köln, Schoellersche Kammgarnspinnerei Eitorf A.-G. in Eitorf, Spinnerei Croon A.-G. in M.-Gladbach und Viersener A.-G. für Spinnerei und Weberei in Viersen (Blumenstein-Konzern).

Stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender ist Georg van Meeteren, Mülheim-Ruhr, Direktor der Darmstädter und Nationalbank, Kommanditgesellschaft auf Aktien, Filiale Mülheim-Ruhr. Van Meeteren hat etwa 36 Aufsichtsratssitze, zumeist bei Bergwerksgesellschaften.

Das dritte Aufsichtsratsmitglied der Vereinigten Spinnereien ist Heinrich Pferdmenges, Rheydt, Direktor der H. Pferdmenges jr. A.-G. in Rheydt. Er führt den Aufsichtsratsvorsitz bei den Firmen H. Kloeters u. Co. A.-G. in Rheydt und Rheinische Wollwerke A.-G. in Rheydt. Der Familienname Pferdmenges ist weiter zu finden bei der Cord-Weberei und Ausrüstung Eugen Walter A.-G. in M.-Gladbach. Hier führt Fabrikbesitzer Friedrich Heinrich Goeters, Viersen, den Aufsichtsratsvorsitz.

Das Aktienkapital der Rheydter Betriebs-A.-G. beträgt 800 000 Mark. An Reingewinn werden in der Bilanz per 31. Dezember 1925 461 139 Mk. ausgewiesen. Die Dividende wird nicht veröffentlicht.

Einen verhältnismäßig noch höheren Ueberschuß erzielten die „Vereinigten Buntwebereien A.-G. in M.-Gladbach". Das Aktienkapital beträgt 180 000 Mk., der 1925er Reingewinn 201 500 Mk., woraus 10 Proz. Dividende ausgeschüttet, 39 000 Mk. den Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern vergütet, 125 000 Mk. dem Reservefonds überwiesen und 19 500 Mk. auf neue Rechnung vorgetragen wurden. Diese Gesellschaft ging am 29. September 1922 hervor aus der Interessengemeinschaft der Firmen O. u. C. Cords, Hertmanni u. Deußen und Brüel u. Co., sämtlich in M.-Gladbach. Ungefähr ein Jahr später schlossen sich noch die Spinnereien Daniels u. Straier in Odenkirchen an, wodurch der Konzern sich fast gänzlich unabhängig von fremden Garnlieferanten machte.

Aufsichtsratsverbindungen bestehen mit der Mechanischen Weberei Dörner u. Bergmann A.-G. in M.-Gladbach und der Müllorter Baumwollspinnerei Küppers u. Junkers A.-G. in Müllort, Kreis M.-Gladbach. Dem Familiennamen nach haben die Spinnereien Daniels u. Straier in Odenkirchen Beziehungen zu der Kommanditgesellschaft Joh. Daniels Wwe. u. Sohn, Baumwollspinnerei und Zwirnerei in Rheydt.

Textilarbeiter und Textilarbeiterinnen! Rüttelt die Gleichgültigen wach und einer der größten Felsblöcke des Aufstiegs des arbeitenden Volkes ist bezwungen!

(Fortsetzung folgt.)

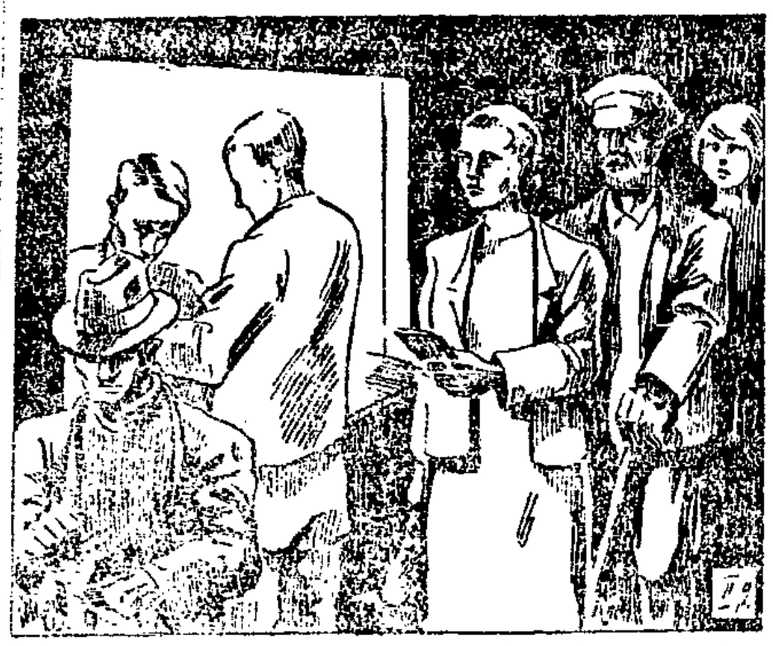
Textilarbeiter und -arbeiterinnen setzt die Werbearbeit für den Deutschen Textilarbeiterverband fort!

Die internationale Gruppierung wirtschaftlicher Großmächte.

Zum Abschluß des europäischen Rohstahlkartells.

Ein Ereignis von großer Tragweite ist in diesen Tagen zur Tatsache geworden. Die europäische Eisenindustrie hat sich zu einer Rohstahlgemeinschaft zusammengeschlossen. Damit wird eine neue Periode internationaler Zusammenarbeit eingeleitet. Bereits die vergangenen Jahre ließen erkennen, daß die Industrie aller Länder zur Einigkeit strebt. Namentlich die letzten Wochen und Monate haben eine Hochflut internationaler Kongresse von Wirtschaftsgruppen gebracht. Diese internationalen Zusammenkünfte endeten in der Regel damit, daß feste Organisationen über die Landesgrenze hinaus errichtet wurden. Und so sehen wir heute eine internationale Zusammenschlußbewegung der Industrie, des Handels und des Verkehrs, wie sie noch nie zu verzeichnen war. Allerdings bestanden in der Vorkriegszeit schon internationale Kartelle und Vereinigungen. Jedoch waren so enge Verflechtungen wie jetzt noch nie zu verzeichnen. Und dies, obwohl wir einen großen Krieg hinter uns haben, der tiefe Furchen von Völkerhaß und Völkerverhetzung hinterließ.

Es ist unmöglich, alle die Vereinigungen und Organisationen aufzuzählen, die in der letzten Zeit entstanden sind. Allen voran steht die Internationale Handelskammer, die die umfassendste Organisation der Industrie und des Handels darstellt. Bereits vor dem Kriege wurden Versuche gemacht, ein solches Gebilde ins Leben zu rufen. Jedoch gelang es erst im Jahre 1920, gemäß einem Antrage der Amerikaner, die Internationale Handelskammer ins Leben zu rufen. Und als die Bestimmung gefallen war, daß der IH nur noch Länder angehören konnten, die dem Völkerbund angehören, konnte auch Deutschland beitreten. Zur IH. gehören alle Staaten, wo so etwas wie eine Industrie und Handelskammer vorhanden ist. Man erinnere sich, was die Industrie und Handelskammer im wirtschaftlichen Leben bedeutet. Wir können dies in



Die Erwerbslosenunterstützung: der Sieg eines gewerkschaftlichen Prinzips.

Deutschland am besten studieren, wo sie halbamtliche Organisationen darstellen und deshalb so mächtig sind, weil Außenseiter nicht vorhanden sind. Jedes Industriehandelsunternehmen ist staatlich gezwungen, der Kammer anzugehören. Nun wird eine solche geschlossene Organisation über alle Länder ausgedehnt.

Die IH. hat in Paris ihren Sitz, Deutschland ist im Präsidium mit drei Mitgliedern vertreten. Die großen Spitzenverbände der deutschen Privatwirtschaft und zahlreiche Einzelfirmen und Korporationen gehören ihr als Mitglied an. Von Bedeutung ist, daß auch die Vereinigten Staaten von Amerika der IH. als aktiv tätiges Mitglied angehört. Auf dem Kongreß, der im Jahre 1924 in Brüssel stattfand, waren 37 Länder vertreten. Vertreter hatten entsandt: 347 Handelskammern, 105 industrielle Verbände, 50 Handelsverbände, 44 Bankierorganisationen, 11 Reederverbände; als Einzelmitglieder gehörten der Kammer dazumal an: 700 große Industriefirmen, 400 Banken, 56 Schiffahrts- und 50 Eisenbahngesellschaften. Das war 1924, wo Deutschland und andere Staaten noch nicht Mitglied waren. Man zeige uns eine überstaatliche Organisation, die mit einer solchen wie der Internationalen Handelskammer in Vergleich gesetzt werden kann. Der Internationale Gewerkschaftsbund muß noch unendlich stärker werden, um als Kompensationsmittel gegen eine so gewaltige Zusammenballung der privaten Industrie und des Handels auftreten zu können.

Neben dieser Generalorganisation, die wenig außenstehende Staaten kennt, gilt es nun eine große Reihe internationaler Verbände, Kartelle, Syndikate und Trusts. Von den umfassendsten Trustunternehmungen, bei der Standard Oil Co., dem Schwedisch-Amerikanischen Zündholztrust und anderen Großunternehmungen ähnlicher Art angefangen, bis zur losen Organisation sind alle Vereinigungsarten vertreten. Von den kartellartigen Gebilden ist das Glühlampensyndikat das geschlossenste. Auch hier gibt es keine Außenseiter nennenswerter Art auf der ganzen Welt. Die meisten Vereinigungen erstrecken sich allerdings nur über Europa. Doch gehört auch Amerika trotz der kartellfeindlichen Einstellung dortselbst verschiedenen internationalen Vereinigungen an. Wir erwähnen das Glühlampensyndikat, das Weltkupferhandelssyndikat, die internationale Lederindustrie-Konferenz, die internationale Vereinigung der Baumwollspinnerverbände u. a.

Wenn der internationale Gedanke in der Industrie so weitgehend Fuß gefaßt hatte, konnte natürlich die Schwereisenindustrie nicht auf ihrem nationalistisch eingestellten Standpunkt beharren. Die Schwerindustrie war die Trägerin des wirtschaftlichen Imperialismus. Sie hatte bisher bei keinem Leichenschmaus gefehlt, sie hatte an allen Konflikten internationaler Art verdient. Deshalb ist es ein Ereignis, wenn ausgerechnet diese Industrie zu geschlossenen internationalen Vereinbarungen kommt. Aber es lagen dem Zusammenschluß der mitteleuropäischen Eisenländer auch sehr reale Tatsachen zugrunde. Der größte Teil der französischen Schwerindustrie stand vor dem Kriege mit der deutschen in engen Wechselbeziehungen. Diese hat der Krieg zerrissen. Nunmehr kommt das Erz wieder zur Kohle und die Kohle wieder zum Erz. Denn der Eisenpakt bleibt nicht bei dem Rohstahl stehen, der Austausch von Kohle und Erz, weitere Vereinbarungen über das Roheisen u. a. bilden bereits den Gegenstand weiterer Vereinbarungen.

Die europäische Rohstahlgemeinschaft, wie sie am 1. Oktober 1926 ins Leben trat, umfaßt die Schwerindustrie Deutschlands, Frankreichs, Belgiens und Luxemburgs. Als weiterer Kontrahent tritt das Saargebiet auf, dessen Werke aber bereits den deutschen Eisenverbänden angehören. Die Vereinbarung erstreckt sich vorerst nur auf Rohstahl. Die europäische Rohstahlgemeinschaft ist kein Syndikat zur Regelung der Preise, sondern ein Mengenkartell, dem in erster Linie die Kontingentierung der Produktion obliegt. Die Festsetzung der Preise, die Regelung des Absatzes für Spezialprodukte usw. soll den Spezialverbänden überlassen werden, die bereits bestehen oder in der Bildung begriffen sind. Der wichtigste der bereits bestehenden Spezialverbände ist das internationale Schienenkartell, die European Raylways Manufacturers Association.

Von den europäischen Außenseitern steht der Anschluß von Polen, Oesterreich und der Tschechoslowakei an die europäische Rohstahlgemeinschaft unmittelbar bevor. Der Anschluß Englands ist noch ungewiß, jedoch ist auch hier der Beitritt über kurz oder lang wahrscheinlich. Dem Schienenkartell gehört England bereits an. Der Anschluß Amerikas, das als der größte Konkurrent des neuen Eisenpakts gelten kann, wird wahrscheinlich nicht in Frage kommen. Doch liegen Vereinbarungen auch hier im Bereiche der Möglichkeit. Beim Zustandekommen hat es besonders harte Kämpfe um die Anteile, die sogenannte Quote, gegeben. Die Beteiligungsquote der angeschlossenen Länder ist nach vorläufigen Feststellungen folgende:

Deutschland	43,18 Proz.
Frankreich	31,19 Proz.
Belgien	12,26 Proz.
Luxemburg	8,12 Proz.
Saargebiet	5,25 Proz.

Die wichtigsten Organe der europäischen Rohstahlgemeinschaft sind: Das internationale Bureau, der Verwaltungsrat, die in jedem angeschlossenen Lande bestehenden Zweigbureaus und die Ausgleichskasse. Der letzteren kommt vom Standpunkt der Arbeiterbewegung große Bedeutung zu. Jedes Land und Werk ist verpflichtet, in die Ausgleichskasse pro Tonne Rohstahlerzeugung einen laufenden Beitrag von 1 Dollar zu zahlen. Wenn ein Land oder Werk die ihm zugestandene Produktion überschreitet, so muß eine Strafe von 4 Dollar pro Tonne Mehrerzeugung gezahlt werden. Dadurch wird bezweckt, daß die vorgeschriebene Mengenbeschränkung unter allen Umständen eingehalten wird. Eine Bestimmung, die die Ausgleichskasse betrifft, ist aber noch sehr wichtig, nämlich daß ein Land, welches mit seiner Quote im Rückstande bleibt, eine Entschädigung von 2 Dollar bekommen kann. Hieraus geht klar hervor, daß die Ausgleichskasse bei Streiks und Aussperrungen als Streikversicherung eingesetzt werden kann. Bei den Kämpfen in der Eisenindustrie steht also in der Zukunft fast die gesamte europäische Industrie zusammen. Es bedarf keiner Worte, um die Notwendigkeit zu betonen, daß die Arbeiterbewegung Europas und namentlich die in Frage kommenden Verbände alles aufbieten müssen, um Gegenmaßnahmen zu treffen.

Die Eisen verarbeitende Industrie hat sich mit dem internationalen Eisenpakt einverstanden erklärt. Es wurde gemeinsam eine Vereinbarung unterzeichnet, die das enge Bündnis zwischen Eisen schaffender und Eisen verarbeitender Industrie feststellt. Somit ist eine geschlossene Front zwischen den Rohstoffwerken und der verarbeitenden Industrie geschaffen. Dies muß beachtet werden. Die Arbeiterbewegung hat also mit keinen Bundesgenossen zu rechnen. Sie ist auf sich allein gestellt und muß auch den Kampf allein aufnehmen. Dieser ist allerdings nur zu führen, wenn die Gewerkschaftsbewegung national und international an Geschlossenheit und Festigkeit keinen Mangel aufweist.

Die Internationale des Kapitals wurde in den letzten Jahren fester und fester, die Landesgrenzen spielen keine große Rolle mehr. Der nationale Patriotismus wurde zum Firlefanz, der nur noch bei festlichen Gelegenheiten, wenn das dumme Volk vor den Kathedern sitzt, aus dem Schrank geholt wird. Deshalb haben die Grenzpfähle für die Arbeiterschaft ebenfalls ihre Bedeutung verloren. Doch die Hand- und Kopfarbeiter bilden international nur eine Macht, wenn sie über starke Gewerkschaften im Lande verfügen. Diese schnellstens zu schaffen ist ein Gebot der Stunde.

Baumwollernte — Baumwollpreise.

Die diesjährige amerikanische Baumwollernte ist eine Rekordernte, noch nie zuvor ist ein solches Ergebnis erreicht worden. Nach der letzten Ernteschätzung beträgt dieselbe 16 627 000 Ballen. Die vorjährige Ernte war gleichfalls außerordentlich günstig, sie betrug über 15 Millionen Ballen. Trotz der starken Zunahme des Baumwollverbrauchs sind noch reichlich alte Bestände in Amerika vorhanden. Man schätzt den Baumwollbestand, unter Hinzurechnung der aus vorjähriger Ernte zurückgebliebenen Bestände, auf 22 Millionen Ballen. In Europa stieg der Baumwollverbrauch von 9 756 000 Ballen im Jahre 1925 auf 10 232 000 Ballen am Jahre 1926, in Asien von 2 638 000 Ballen im Jahre 1925 auf 6 635 000 im Jahre 1926, in Amerika im gleichen Zeitraum von 7 000 000 auf 7 610 000 Ballen. Die Baumwollnot, die in früheren Jahren von interessierter Seite an die Wand gemalt wurde, ist überwunden, zumal auch immer neuere Gebiete für den Baumwollanbau erschlossen werden und in bereits erschlossenen Gebieten der Baumwollanbau stark forciert wird.

Diese gewaltige Baumwollernte hat zur Folge gehabt, daß der Baumwollpreis wesentlich herabgedrückt worden ist. Er betrug im Oktober noch 13,60 Dollarcent. Er ist inzwischen aber noch um weitere Punkte gesunken. Der Baumwollpreis hat also einen Tiefstand erreicht, der sich stark dem Friedenspreis zuneigt. Im August d. J. notierte die New Yorker Börse infolge der günstigen Ernteaussichten, die aber immer noch von dem Washingtoner Ackerbauamt, durch die vierzehntägig erscheinenden Berichte über den Erntestand, verschleiert wurde, 18,30 Dollarcent. Zu Anfang des Jahres 1926 notierte man an der New Yorker Börse noch 20,85 Dollarcent. Bereits im vorigen Jahre, als die günstige Ernte auf den Preis drückte, verlangten die Farmer Einschränkung der Anbaufläche. Es ist aber jedenfalls nur bei dem Beschluß geblieben. Es ist eben immer leichter, Beschlüsse zu fassen, als durchzuführen. Etwas müssen doch die Farmer anpflanzen, wenn sie ihren Boden nicht liegenlassen wollen, und ob sie nun Weizen oder Baumwolle anpflanzen, das kommt am Ende auf dasselbe Ergebnis heraus. Eine günstige Weizenernte würde den Preis für Weizen genau so herabdrücken als eine günstige Baumwollernte. Gebessert werden jedenfalls die Farmer durch die Einschränkung der Anbaufläche in nichts. Angesichts der niedrigen Preisgestaltung für Baumwolle verlangen nun die Farmer eine Stützung des Baumwollpreises durch die Regierung. Der vom Präsidenten der Vereinigten Staaten, Coolidge, eingesetzte Sonderausschuß zum Studium der Baumwollfrage hat einen Bericht dahingehend erstattet, daß den Farmern angeraten werden solle, von den vorhandenen 22 Millionen Ballen 4 Millionen Ballen aus dem Markt zu nehmen, die Anbaufläche für das nächste Jahr radikal zu verringern und den Farmern und Händlern langfristige Kredite zu gewähren, die sie instand setzen sollen, die 4 Millionen Ballen mindestens zwei Jahre vom Markt fernzuhalten. Zweifellos würden derartige Maßnahmen die Baumwollpreise stützen. Die amerikanischen Berichte lassen erkennen, daß der Baumwollpreis unter den Selbstkosten liege.

Zunächst ist jedoch nicht daran zu denken, daß die Baumwollpreise, auch wenn diese Maßnahmen restlos durchgeführt werden, wieder auf eine Höhe hinaufgetrieben werden könnten, die dem Preisstand vor zwei Jahren entsprechen würde.

Wie die Preisentwicklung der Baumwolle innerhalb der letzten zwei Jahre aussieht, zeigt folgendes Beispiel: Am 1. August 1924 notierte die New Yorker Baumwollbörse für Loko midling 33,57 Dollar, an einem der letzten Termine im Oktober 1926 13,60 Dollar.

Die günstige Baumwollernte muß zweifellos zur Geschäftsbelebung der Baumwollindustrie beitragen, zumal dann, wenn der Senkung der Baumwolle eine entsprechende Preisverbilligung für Baumwollhalb- und Fertigfabrikate beitritt. Es ist doch zu beachten, daß in Deutschland zum weitaus größten Teil amerikanische Baumwolle verarbeitet wird. Die wenigen Ballen, die aus Aegypten und Indien bezogen werden, fallen in keiner Weise ins Gewicht. Leider sind die Preise für Baumwoll-Fertigfabrikate noch unerschwinglich hoch. Der Preisrückgang für Baumwolle hat sich auf die Preise für Halb- und Fertigfabrikate nicht voll auswirken können. Eine genügende Entschuldigung dafür seitens der Unternehmer ist nicht vorhanden. Die Unternehmer verweisen wohl darauf, daß in der Zeit von 1924—1926 namhafte Lohnsteigerungen eingetreten sind. Sie vergessen aber zu sagen, daß die Lohnsteigerungen zum Teil einmal durch erhebliche Mehrleistungen

aufgehoben worden sind und zum anderen Teil dadurch, daß die Erhöhung der Stundenlöhne auf Kosten der früheren Akkord-Ueberverdienste bewirkt worden ist. Die Lohnerhöhung in diesem Zeitraum ist von nicht allzuhoher Bedeutung. In Ostsachsen, wo hauptsächlich Baumwollfertigfabrikate hergestellt werden, beträgt die Stundenlohnsteigerung 28,8 Proz., in Reichenbach i. Schl. 37,7 Proz., in Südbayern 38,6 Proz., in Baden nur 25 Proz. Die Verdienste, selbstverständlich bei voller Arbeit gedacht, haben sich in diesem Zeitraum nicht wesentlich erhöht. Nach den Stuttgarter Notierungen für Garn- und Gewebepreise ist seit Juni 1924 bis Oktober 1926 der Garnpreis um 40,8 Proz. gefallen, und der der Stoffe um etwa 27,7 Proz. Daß die Preise für Halbfertig- oder Fertigfabrikate nicht in dem vollen Maße fallen können wie die Baumwolle, ist klar, weil doch durch die Verarbeitung, Arbeitslöhne, Betriebskosten usw. zugesetzt worden sind. Aber immerhin scheint uns doch die Preisbildung für Fertigfabrikate noch zu hoch zu liegen, auch wenn man berücksichtigt, daß sich der niedrige Preis für Baumwolle im Oktober noch nicht ausgewirkt haben kann. Eine vernünftige Preispolitik seitens der Unternehmer würde selbstverständlich Wunder wirken und es wäre schließlich doch die Möglichkeit gegeben, die Betriebe im stärkeren Maße zu beschäftigen als bisher. Eine volle Beschäftigung der Betriebe läßt selbstverständlich ganz andere Möglichkeiten zu. Hoffen wir, daß die günstigen Baumwollpreise zum Antrieb einer günstigeren Geschäftsperiode sich auswirken mögen, damit die Arbeiterschaft, die so stark unter der Krisis gelitten hat, sich auch einigermaßen wieder erholen kann. Vergessen darf dabei selbstverständlich nicht werden, daß auch die Löhne der Arbeiterschaft wesentlich erhöht werden müssen, damit die Konsumkraft der breiten Schichten gestärkt und erhöht wird. Wenn nicht die Konsumfähigkeit der breiten Volksschichten eine bessere wird, dann nützen uns letzten Endes auch die günstigen Baumwollpreise nichts.

Mode und Textilindustrie.

Von „Unus".

Es ist eine wandelbare Zeit. Was gestern noch modern war, ist heute schon veraltet, und es ist schlimm für denjenigen, der sich so kleiden möchte, wie es die Mode vorschreibt. Und es geht wie auf Kommando: jetzt ist die schlanke Linie modern und morgen kehrt man zur bauschigen Form in der Kleidung zurück. Das Heer der Erzeuger, der Weiterverarbeiter und der Händler muß sich rasch darauf umstellen, sonst leidet das Geschäft, denn niemand kauft etwas, das den neuen Ansprüchen nicht mehr genügt.

Wie wirkt sich das alles auf die Textilindustrie aus? Die Fachleute erklären, daß die Beschäftigung der Industrie ein wenig schlechter wäre, als es jetzt der Fall ist, wenn Modeveränderungen sich so langsam vollzögen wie früher; und es ist wohl wahr, daß der Verbrauch eingeschränkt wird, wenn die Mode immer nur ein und dieselbe Kleidung vorschreibt. Man wird dann konservativ — es ist eine rein psychologische Tatsache, und das geht solange, bis wieder ein paar exzentrische Köpfe das Verlangen haben, mit etwas Neuem hervorzukommen, um damit von den übrigen abzustechen — man nennt das Befriedigung der Eitelkeit —, oder um etwaiges Unzweckmäßige an der Bekleidung durch kühnes Hinwegsetzen über alle geltenden Vorschriften auszumerzen:

„Und jedesmal ward die erfundene Tracht
im ganzen Lande nachgemacht."

Nun bilde man sich aber nicht ein, daß diese Momente heute noch ausschlaggebend für den Modewechsel wären. Die regelmäßigen Aenderungen in der Bekleidung haben ihre Ursache in dem Gewinnstreben, im Streben, durch Ausarbeitung immer neuerer Ideen Geld zu verdienen, durch einen neuen Modevorschlag in Gestalt von veränderten Blusen, Röcken, Strümpfen usw., usw. ein glänzendes Geschäft zu machen. Ein solcher Vorschlag kann manchmal erlösend wirken, manchmal aber den Modenarren neue Qualen bringen. War es etwa keine Erlösung, als der Humpelrock verschwand und dafür ein Rock kam, der das freie Ausschreiten gestattete? Doch: „Vernunft wird Unsinn, Wohltat Plage." — Bei der nächsten Gelegenheit bewahrheitete sich dieses Wort wieder, denn neue Torheiten schalteten die Reformen wieder aus.

Um als „fashionabel" zu gelten — wer möchte sich den Vorwurf erwerben, daß er es nicht wäre — ist man also heute verpflichtet, sich mehr Kleider anzuschaffen als ehedem. Man darf nicht allzu viele Veränderungen versäumen, sonst steht man unter seinesgleichen da, wie ein Mensch aus dem vorigen Jahrhundert. Dem Erzeuger ist dieser Umstand höchst willkommen. Bedeutet es doch Vorteil für ihn, wenn immer wieder gekauft wird. Allein Frau Fortuna kann ihm auch einmal erzürnt den Rücken wenden: hat er einmal in Erwartung eines guten Geschäftes sein Lager mit neuen Errungenschaften vollgepackt, dann kann eine andere Parole, die die Kleiderkünstler ausgeben, bewirken, daß die Kauflust sich noch neueren Sachen zuwendet, und der gute Geschäftsmann bleibt dann auf seinen Waren sitzen.

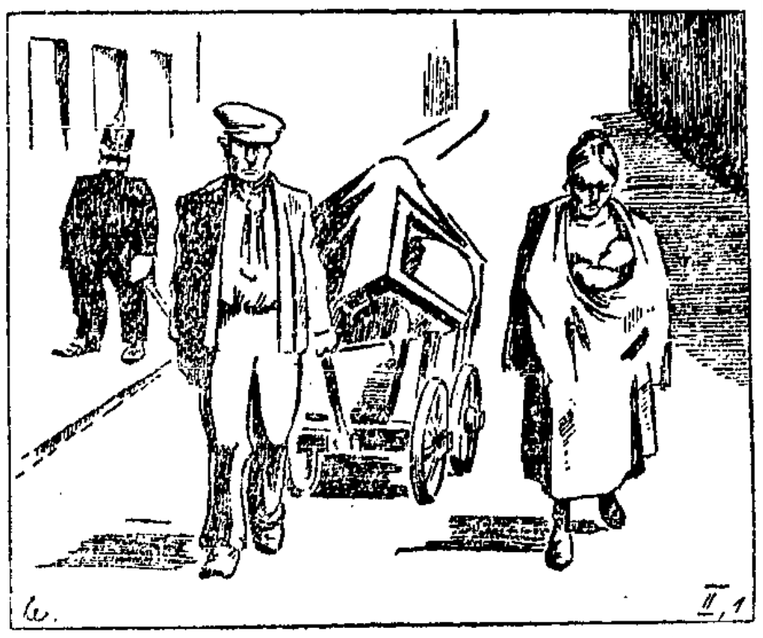
Das sind eben Zufälligkeiten in unserer Wirtschaft, mit denen man sich schon zufrieden geben muß, sagen ihre Verteidiger, die heute bankrott machen und morgen einen neuen Laden eröffnen.

Auch in einzelnen Zweigen der Textilindustrie wirken sich die Modeveränderungen verschieden aus. So gibt sich die Leinenindustrie die größte Mühe, der Welt klarzumachen, daß man das Leinen wieder wie früher in allen möglichen Verarbeitungen benutzen soll. Die Erwerbung von Leinenzeug erfordert aber größere Anschaffungskosten als etwa diejenige von immer mehr in Mode kommenden baumwollenen und kunstseidenen Stoffen. Und da man sich sagt, daß man doch nicht lange bei einer Form stehen bleibt, so hält man sich lieber an billigere Artikel, die zwar nicht so haltbar sind, die man aber ihrer Billigkeit wegen jedoch leicht wieder ersetzen kann. Man hat dabei den Vorteil, sich stets Neues anschaffen zu können.

Eine wichtige Frage ist nun, ob die Textilindustrie in der Lage ist, dem wechselvollen Modespiel genügende Rechnung zu tragen. Bereiten diese mutwilliger neuen Schöpfungen von Stoffen, Spitzen und Bändern der Industrie bei der Herstellung nicht zu hohe Schwierigkeiten und Kosten, so daß ein gutes, erträgliches Arbeiten in Frage gestellt werden könnte?

Es ist dies eine Frage der Beweglichkeit. Da unsere Zeit in einem schnellen Tempo dahineilt, so wäre es nutzlos, auf eine ruhigere Entwicklung der Mode, die etwa einmal eintreten könnte, zu hoffen. Wir wissen es: Es war eine schöne Zeit, wo man langsam musterte und langsam die Muster hinausschickte, während man ruhig an den Artikeln, „die immer gingen," weiter arbeitete, da sie ja stets gebraucht wurden, ganz gleich, welche Moderichtung jeweils herrschte.

Die Beschäftigung oder Nichtbeschäftigung eines Betriebes hängt heute sehr oft davon ab, ob ein neuer Stoffmusterentwurf genügend



Ohne Erwerbslosenunterstützung: Obdachlosigkeit und Hunger.

Interesse vorfindet oder nicht. Hat man sich für ihn entschieden, dann kommt derjenige Betrieb auf seine Rechnung, der alle seine menschlichen und maschinellen Kräfte auf diese Herstellung konzentrieren kann.

So ergibt sich hieraus die Notwendigkeit, den Apparat der Textilindustrie nicht nur schlechthin zu verbessern, sondern in solcher Weise einzurichten, daß er dazu benutzt werden kann, rasch in den verschiedensten Richtungen zu arbeiten. Man muß vor allem die Maschinen so ausbauen (mehr noch als bisher), daß sich gewisse Teile leicht auswechseln und durch andere ersetzen lassen, mit denen sich eine andere Art, ein anderes Muster des Stoffes leicht herstellen läßt. Dieser Punkt ist wohl einer der wichtigsten bei der Rationalisierung in der Textilindustrie. Seine Bedeutung verändert sich freilich in den einzelnen Branchen. Wo überwiegend Stapelware hergestellt wird, wird man weniger auf die Beweglichkeit des Produktionsapparates Wert legen als dort, wo man mit der Erzeugung oft wechselnder Modeartikel beschäftigt ist. Man hat den Fragen des Textilmaschinenbaues, der den erwähnten Anforderungen gerecht werden soll, bereits Beachtung geschenkt, und es liegt nur bei dem einzelnen Unternehmen selber, bei der Anschaffung neuer Maschinen diese Gesichtspunkte zu berücksichtigen.

Diese Art Rationalisierung läßt der Herstellung noch einer genügenden Anzahl von Mustertypen die größte Freiheit. Es wäre freilich besser, man schränkte durch eine systematische Typisierung ihre Anfertigung auf eine geringere Zahl ein. Man brauchte sich dann weniger oft umstellen, und ohne Zweifel würde das auch auf die Herstellungskosten einen wohltätigen Einfluß ausüben

Aus der Textilindustrie.

Die Weltkunstseidenproduktion 1926.
Weitere erhebliche Steigerung. — Deutschlands große Expansion.

Der unerhörte Aufstieg, den die Weltkunstseidenindustrie im letzten Jahrzehnt hinter sich hat, hat auch zwischen 1925 und 1926 angehalten und zu neuer erheblicher Erweiterung der Produktion geführt. Von fachmännischer amerikanischer Seite wird die Weltkunstseidenproduktion für 1926 auf 333 Millionen lb geschätzt, während für 1925 nur 193,5 Millionen lb angegeben wurden. Die Steigerung macht also fast 140 Millionen englische Pfund aus. Die nachstehende Tabelle zeigt die Verteilung dieser Produktionszahlen auf die einzelnen Länder; es ist von größter Bedeutung, daß Deutschland nunmehr an die zweite Stelle der Welterzeugung mit einer Jahreskapazität von 66 Millionen lb gerückt ist.

	1925	1926	plus
Amerika	50 000	80 000	30 000
Deutschland	**26 000**	**66 000**	**40 000**
England	28 000	45 000	17 000
Italien	24 000	44 000	20 000
Frankreich	14 500	20 000	5 500
Holland	10 000	14 000	4 000
Belgien	10 000	14 000	4 000
Japan	9 000	12 000	3 000
Schweiz	6 000	8 000	2 000
Tschechoslowakei	6 000	8 000	2 000
Australien	—	2 000	2 000
Uebrige Länder	10 000	20 000	10 000
Insgesamt:	193 500	333 000	139 500

(Aus dem „Konfektionär.")

Weitere Betriebseinschränkungen in der englischen Baumwollindustrie.

Die Federation of British Master Cotton Spinners Association hat in einem Rundschreiben an ihre Mitglieder zur Stillegung der Betriebe von vorigen Montag auf 14 Tage aufgefordert. Begründet wird diese Maßnahme mit schlechtem Auftragseingang und der Unsicherheit am Rohbaumwollmarkt

Organisationen und Mitgliederzahlen der amerikanischen Gewerkschaften im Spinnstoffgewerbe im Jahre 1925.

Das amtliche Bureau für Arbeitsstatistik der Vereinigten Staaten veröffentlicht einen kurzen Auszug aus dem demnächst erscheinenden „Handbuch der amerikanischen Gewerkschaften" und macht darin Angaben über ihre Organisation und Mitgliederzahlen. Die Gesamtmitgliederzahl der in dem Handbuch behandelten Arbeitnehmerverbände beträgt 4 443 523, wovon 3 383 997 dem „amerikanischen Arbeitnehmerverband" (american federation of labor) angegliedert und 1 059 526 selbständig sind.

Die „Vereinigung der Textilarbeiter Amerikas" (United Textile Workers of America), die größte Organisation der Arbeiter im Spinnstoffgewerbe, ist dem „amerikanischen Arbeitnehmerverband" angegliedert und wurde im Jahre 1901 gegründet. Natürlich muß man sich gegenwärtig halten, daß eine solche Vereinigung sowohl Erzeugung als auch Verarbeitung umfaßt und daher innerhalb ihrer gewisse Berufsgruppen sich zu Unterabteilungen vereinigt haben, die im gewissen Sinne einen selbständigen Verband darstellen, wie z. B. der „Verband der Unterzeug- und Strumpfwirker". Aber schon lange vor dem Jahre 1911 bestanden Vereinigungen der Spinnstoffarbeiter; bereits 1858 wurde der „Internationale Verband der Mulespinner" und 1892 die „eingetragene Gesellschaft der vereinigten Spitzenarbeiter" gegründet, die ebenfalls dem „amerikanischen Arbeitnehmerverband" angegliedert waren. Da diese beiden Organisationen sich jedoch weigerten, sich ihrer Unabhängigkeit bis zu einem gewissen Grade zu begeben, wurden sie aus dem „Arbeitnehmerverband" ausgeschlossen und wurden selbständig. Immerhin waren Austrittsbewegungen aus der Vereinigung der Textilarbeiter häufig, insbesondere schlossen sich ihnen die Rahmenspanner und Krempler an.

Im Jahre 1916 wurde endlich eine Einheit durch Verschmelzung dieser zahlreichen zersplitterten Gruppen zu dem „amerikanischen Textilarbeiterverband" (American federation of Textile Operatives) erzielt, der im Grunde mit der „Vereinigung der Textilarbeiter" identisch war.

Neuerdings wurde dieser Verband durch das Hinzutreten des „Internationalen Verbandes der Mulespinner", der „eingetragenen Gesellschaft der vereinigten Spitzenarbeiter" und eines kleinen örtlichen Verbandes der Wandteppichweber von Philadelphia zur „Vereinigten Textilgewerkschaft" (Federated Textile Union) erweitert. Die „Vereinigung der Textilarbeiter" gestatter keine Veröffentlichung ihrer Mitgliederzahlen; die Zahl der im amerikanischen Arbeitnehmerverband stimmberechtigten Mitglieder dieses Verbandes beträgt 30 000. Auch die Zahl der in der „Vereinigten Textilgewerkschaft" organisierten Arbeitnehmer steht nicht fest, beträgt jedoch etwa 21 000. Hiervon gehören 11 000 dem „amerikanischen Textilarbeiterverband", 8000 dem „Internationalen Verband der Mulespinner" und 1600 der „eingetragenen Gesellschaft der vereinigten Spitzenarbeiter" an.

Dr. R. S.

Von der Herbstagitation.

Die Tätigkeit innerhalb unserer Werbewoche hat in den einzelnen Gauen recht gute Erfolge gebracht. Erfolge, die zur Fortsetzung dieser Agitation anspornen mußten und die erkennen lassen, daß es leicht möglich ist, den Mitgliederbestand des Deutschen Textilarbeiterverbandes erheblich zu steigern. Aus Stuttgart wird uns berichtet, daß in Reutlingen 400, in Heidenheim 314, in Kirchheim 200, in Stuttgart 150, in Ebingen 60, in Ulm 60, in Lambrecht 56, in Sontheim 53 und in Urach 30 neue Mitglieder gewonnen worden sind.

Aus Sachsen wird uns u. a. mitgeteilt, daß in Chemnitz 192, in Crimmitschau 242, in Glauchau 163, in Leipzig 200 und in Zwickau 262 neue Mitglieder gewonnen worden sind. Aus Sachsen liegt nur ein Teilresultat vor. Wir dürfen also annehmen, daß die gemachten Neuaufnahmen das uns bisher übermittelte Resultat noch weit übersteigen. Sachsen hat bis jetzt 1890 Neuaufnahmen gemeldet. Dies zeigt doch, daß

der Deutsche Textilarbeiterverband eine außerordentliche Werbekraft besitzt.

Es ist deshalb den Kollegen an allen Orten zu empfehlen, in gleicher Weise zu arbeiten und durch Hausagitation zu versuchen, die dem Verband fernstehenden Textilarbeiter und -arbeiterinnen für denselben zu ge-

Weib, du bist frei — frei wie du niemals warst!
Nun brauche deine Freiheit: wachse, wirke,

FRAUENTEIL

weite den Horizont dir, daß du offenbarst,
wie leicht beschwingt dein Fuß ins neue schreite
R. Keilen.

Die Befreiung der erwerbstätigen Frau von der Hauswirtschaft.

Mit der Zunahme der Frauenerwerbsarbeit, die durch die wirtschaftliche Entwicklung bedingt ist, tauchen immer neue, schwierigere Probleme auf, die im Interesse der erwerbstätigen Frau und Mutter und nicht zuletzt im Interesse der Volkswirtschaft selbst gelöst werden müssen. Die Ueberlastung der verheirateten Arbeiterin durch ihren Doppelberuf als Hausfrau und Mutter hat sich nicht allein zum Schaden für die Arbeiterin selbst, sondern auch zur Gefahr der ganzen Volksgemeinschaft ausgewirkt. Daher muß unsere Losung sein: **„Entlastung zu schaffen für die erwerbstätige Frau!"** Entlastung der Frau in diesem Sinne bedeutet für uns nicht Faulwerden, sondern Zeit- und Kraftgewinn für die wichtigere und schwerere Arbeit an uns selbst zu schaffen. Deshalb gilt es Mittel und Wege zu suchen, um der erwerbstätigen Frau größtmöglichste Erleichterungen bei ihrer Haushaltsführung zu sichern, es gilt ihr die Freizeit zu erringen, die sie zur Entfaltung ihrer geistigen Kräfte benötigt, es gilt sie emporzuheben zu einem gleichberechtigten schöpferisch-tätigen Menschen einer neuen Gesellschaft. Dieses Problem zu lösen, kommt in erster Linie der Frau zu, nicht minder ist es Pflicht des Staates und der Gemeinde.

Sehen wir uns einmal näher in unserer heutigen Haushaltführung um, so werden wir allgemein finden, daß in ihr noch viele alte Ueberlieferungen vorhanden sind, die für unsere Zeit der technischen und wirtschaftlichen Entwicklung als unhaltbar bezeichnet werden müssen. Vielfach werden noch heute die Arbeitsmethoden angewandt, die nicht nur die Mutter, sondern auch die Groß- und Urgroßmutter schon angewandt hatte. Ferner kommt hinzu, daß im Arbeiterhaushalt noch viel unnützes und überflüssiges Gerät und Mobiliar vorhanden ist, das schon längst ausgemerzt sein müßte, da dessen Instandhaltung ein groß Teil Freizeit der erwerbstätigen Frau in Anspruch nimmt. Manches Bild, was keinerlei Kunstwert besitzt, ziert noch heute die Arbeiterwohnungen, von all den Nippfiguren und all dem Kleinkram ganz zu schweigen. Hiermit aufzuräumen wäre eine dankbare Aufgabe für jede Arbeiterfrau, will sie bestrebt sein, ihren Haushalt zu vereinfachen und trotz alledem behaglich zu gestalten. Die Anwendung der technischen Errungenschaften bringen ferner einen wesentlichen Zeitgewinn für die Frau mit sich. Daher sollten unsere Arbeiterinnen sich nicht weiter diesen Neuerungen verschließen, sondern z. B. die Elektrizität und die Gasversorgung zu Koch- und Heizzwecken ausnützen. Hat es sich doch erwiesen, daß die Benutzung nicht nur zeitsparend, sondern vor allem auch billiger ist. Dadurch wird die arbeitende Frau schon etwas entlastet. Stellt man dann noch in Rechnung, daß die übrigen Familienmitglieder Verständnis für eine gewisse Arbeitsteilung in ihrem Haushalt haben, so wäre auch dies ein Schritt zur Entlastung tätigen Hausfrau und Mutter.

Für den Staat und für die Gemeinden erwächst die Pflicht, zentrale Einrichtungen zu schaffen, die es der erwerbstätigen Frau ermöglichen, sich von der Doppelbelastung des Haushalts zu befreien. Infolge der Wohnungsnot und anderen sozialen mißlichen Verhältnissen ist es nicht jeder erwerbstätigen Frau möglich, sich oben erwähnte Erleichterungen zu schaffen. Die lange Arbeitszeit, die den Gesundheitszustand stark untergräbt, läßt der Frau nicht mehr die Kraft, alle die zu ihrem Lebensunterhalt notwendigen Arbeitsverrichtungen mit den primitivsten Werkzeugen vorzunehmen. Daher sind zentrale Speisehäuser, in denen das Essen infolge der Anwendung technischer Verbesserungen des Hausgerätes und infolge gelernter Arbeitskräfte gut und billig hergestellt wird, so daß die Arbeiterin in der Lage ist, ihre Mahlzeit dort einzunehmen. Auch die Einrichtung von Volkswaschhäusern, wie sie schon in Holland und England eingeführt sind, würde für die Arbeiterfrau eine große Entlastung darstellen. Sie brauchte sich nicht mehr tagelang und oft bis spät in die Nacht hinein an das Waschfaß zu stellen und mit der Hilfe des Waschbrettes die Wäsche zu waschen. Ist ein Volkswaschhaus mit allen Neuerungen auf dem Gebiete des Waschverfahrens ausgestattet, so ist dieselbe Wäsche in einigen Stunden fix und fertig zum Einräumen in den Wäscheschrank. Wenn diese Forderungen auch heute noch vielen Arbeiterinnen unwahrscheinlich klingen, so müssen sie doch anerkennen, daß die Schaffung solcher Einrichtungen einen großen Fortschritt für die Befreiung der erwerbstätigen Frau von der Hauswirtschaft bedeutet.

Wollte man das ganze Problem, Befreiung der Frau von der Hauswirtschaft, aufrollen, so müßte man noch eine ganze Reihe von Problemen aufzählen, die damit im unmittelbaren Zusammenhang stehen. Eins davon verdient deshalb noch besonders hervorgehoben zu werden. Das ist die Schaffung von Kinderheimen, in welchen die Kinder der erwerbstätigen Frauen tagsüber ihren Aufenthalt haben, und wo die Kinder nicht in irgendeinem konfessionellen Zwang aufgezogen werden, sondern wo sie zu selbständig denkenden und nützlichen Gliedern einer neuen Gesellschaft, für die sozialistische Gesellschaft erzogen werden. Schon aus diesen wenigen Andeutungen werden unsere Kolleginnen ersehen, welch schwierige Aufgabe die Befreiung der erwerbstätigen Frau von der Hauswirtschaft ist. Darum müssen alle Textilarbeiterinnen, die ja im erhöhten Maße in ihren eigenen Reihen die Ueberlastung der erwerbstätigen Frau verspüren, sich mit dieser Frage beschäftigen und mitarbeiten, daß die Arbeiterin ihre geistigen und körperlichen Fähigkeiten zum Wohle ihrer Familie und zum Wohle des Volksganzen entfalten kann.

winnen. An diesem Beispiel sieht man ja, daß die Werbearbeit Erfolg hat. Wir können deshalb unseren Kollegen nur zurufen: Arbeitet im gleichen Sinne und versucht, die bis jetzt gemeldeten Resultate zu überbieten.

Frisch auf zu neuer Arbeit.

Ein Sklavenvertrag.

Die Firma Karl Müller A.-G. will nicht fehlen im Kreise derjenigen Unternehmer, die die schäbigsten Mittel anwenden, um die Löhne der Arbeiter zu reduzieren und unbequeme Arbeiterratsmitglieder, die das Interesse der Arbeiter vertreten haben, zu maßregeln. Die Firma Karl Müller hat die Krise dazu benützt, den Betrieb stillzulegen. Bei Wiedereröffnung desselben hat sie den Arbeitern nachstehenden Revers zu unterschreiben vorgelegt:

Ich erkläre hiermit, daß ich aus meinem früheren Arbeitsverhältnis bei der Firma Karl Müller, Tuchfabrik A.-G. in Spremberg, keinerlei Ansprüche mehr habe oder noch erhebe.

Meine heutige Einstellung erfolgt auf aushilfsweise Beschäftigung unter Hinweis auf § 4 der mir heute ausgehändigten Arbeitsordnung, für die Zeit von längstens drei Monaten.

Sämtliche, mit den früheren Betriebsvertretungen getroffenen Vereinbarungen jeder Art sind aufgehoben. Dasselbe gilt für alle früher festgesetzten Lohnabmachungen, sowie Akkord- und Prämiensätze. Es sind nur maßgebend die jeweils geltenden Lohntarife und, soweit in Akkord- oder Prämiensystem gearbeitet wird, die hierfür ausgehändigten Listen mit der Bezeichnung — Februar 1926 —.

Ich bin bis zu einem anderweitigen Abkommen mit der Betriebsvertretung damit einverstanden, daß bei nachweisbar durch mein Verschulden abgelieferten schlechten und verdorbenen Waren die Kosten des der Firma daraus entstandenen Verlustes oder Mehraufwandes von meinem Arbeitslohn einbehalten und einer Arbeiterunterstützungskasse des Betriebs zugeführt wird.

Die Verfügung über diese Unterstützungskasse steht der Firma im Einvernehmen mit der Betriebsvertretung nur zu Unterstützungszwecken bedürftiger Betriebsangehöriger zu.

Wird z. B. aus der Weberei Ware abgeliefert wird, für die wegen Webefehler oder unsauberer Arbeit eine Vergütung an die Kunden über den bestehenden Lohnsatz hinaus gezahlt werden muß, so haftet der Weber für den halben Vergütungsbetrag. Durch diese Bestimmungen wird das Recht auf Entlassung nicht berührt."

Einen solchen Schandvertrag hat die Firma den Arbeitern bei ihrer Wiedereinstellung vorgelegt. Daß dieser Revers ein Verstoß gegen die guten Sitten darstellt, braucht wohl nicht besonders betont zu werden. Auf der einen Seite steht ein Unternehmer, der das Notwerden verlernt hat, und auf der anderen Seite Arbeiter, die zum Teil nicht organisiert sind und die in der letzten Zeit die bitterste Not gelitten haben und die infolgedessen leicht geneigt sind, diesen Schandvertrag zu unterschreiben. Die Betriebsstillegung ist nach diesen Erfahrungen doch nur zu dem Zweck vorgenommen worden, um die Arbeiterschaft um ihre erworbenen Rechte zu prellen. Tatsächlich, die Buschklepper früherer Jahrhunderte waren Gentlemen gegen diese Art von Unternehmern. Klagelieder darüber anzustimmen, hilft nicht. Hier tut nichts anderes, als daß sich die Arbeiterschaft restlos organisiert und mit Hilfe der Organisation den Unternehmern diese mittelalterlichen Allüren ein für allemal abgewöhnt.

Prügel statt Lohn!

Aus Bramsche wird uns geschrieben: Prügel statt Lohn scheint es bei der Firma L. G. Vocke in Bramsche zu geben. Schon seit längerer Zeit häufen sich die Beschwerden über geradezu skandalöse Zustände bei der Firma Vocke. Nicht nur, daß dort in hygienischer und sanitärer Beziehung alles zu wünschen übrig bleibt und die Interessen und Rechte der Arbeiter geradezu mit Füßen getreten, die tariflichen und gesetzlichen Bestimmungen nicht innegehalten werden, verprügelt man zu guter Letzt noch die Arbeiterinnen.

Die Klosette, die, noch nach dem berühmten Tonnensystem eingerichtet, in den einzelnen Arbeitsräumen untergebracht sind, strotzen von Unsauberkeit. Die Tonnen, die oft genug überlaufen, verpesten die Arbeitsräume. Die Jauche aus den oberen Klosetten läuft durch die Decken in die unteren Arbeitsräume und verbreitet dort ekelerregende Zustände, so daß schon wiederholt den Arbeitern die Kleidung beschmutzt wurde.

Die Arbeiterinnen müssen Ueberstunden bis in die Nacht hinein leisten, so daß die gesetzliche Arbeitszeit weit überschritten wird. Der tarifliche Ueberstundenzuschlag wird den Arbeiterinnen mit dem Bemerken verweigert: „Sie sollen froh sein, wenn sie Arbeit haben!" Der Gewerberat, der hierüber unterrichtet worden ist, scheint keine Veranlassung zum Einschreiten zu haben.

Besonders skandalös scheint es in der Näherei zuzugehen, wo ein Meister namens Greiling seines Amtes waltet. Er hat sich im Umgang mit den Näherinnen einen Kasernenhofton angewöhnt, ferner bietet er den Näherinnen Ohrfeigen und Prügel an. Seine ständigen Drohungen setzte er am Donnerstag, den 28. September, in die Tat um. Eine Arbeiterin, die ihre Rechte verteidigte und sich seinen Ton „Halten Sie den Schnabel" verbat, griff er tätlich an. Wie uns mehrere Arbeiterinnen berichten, versuchte er diese Näherin kurzerhand von der Nähmaschine zu reißen. Als ihm dies nicht gelang, bearbeitete er sie mit Faustschlägen, bis sie zu Boden sank. Dann packte er sie erneut seine Katze und bearbeitete sie in der brutalsten Art und Weise, bis er von einem anwesenden Monteur daran gehindert wurde. Mit welcher Robheit dieser Mensch vorgegangen ist, beweist, daß die Geschlagene an Händen und Oberarmen blutete und ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte und jetzt krank darniederliegt. Eine danebensitzende Arbeiterin wurde bei dem Rohheitsakt dieses Wüstlings ohnmächtig und mußte, da sie nach einer Stunde das Bewußtsein noch nicht wieder erlangt hatte, mit dem Auto des Arbeitgebers nach ihrer Wohnung gebracht werden.

Wer nun glaubt, daß die Arbeiterin beim Arbeitgeber Schutz fand, ist im Irrtum. Sie wurde obendrein noch fristlos entlassen. Höhnisch wurde ihr bedeutet, daß sie weiter arbeiten könne, wenn sie um Entschuldigung bitte. Aus alledem gewinnt man die Ueberzeugung, daß die Firma die Handlungsweise ihres Meisters deckt, denn letzterer sagte zu der Arbeiterin: „Für jede Ohrfeige, die ich Ihnen gebe, bezahlt die Firma Vocke gern hundert Mark." Hoffentlich nimmt sich der Herr Staatsanwalt der Sache an.

Das ist das Los der modernen Fabrikarbeiterinnen in unserm lieben Vaterlande. Vom Arbeitgeber bis spät in die Nacht hinein ausgebeutet, werden sie zum Dank dafür noch blutig geschlagen.

Aber die Mißstände hätten bei der Firma Vocke gar nicht so weit einreißen können, wenn die Arbeiterinnen sich ihrer Lage bewußt wären und sich organisierten. Es ist aber immer das alte Lied, daß in Betrieben, wo die Organisation keinen oder nur einen geringen Einfluß hat und die Arbeiter sich durch scheinheiliges Gebaren des Arbeitgebers einfangen lassen, solche Zustände herrschen wie in der Tuchfabrik L. G. Vocke in Bramsche.

Curt Felgentreue.

Aus dem Gau Thüringen.

Die Textilarbeiter in den sächsisch-thüringischen Webereien stellen Lohnforderungen.

Die Arbeiterschaft aus den Betrieben des Verbandes sächsisch-thüringischer Webereien, Sitz Greiz, hat Lohnforderungen eingereicht. Sie verlangt, daß alle Lohnsätze um 15 Proz. zu erhöhen sind. Ein Termin, an welchem eventuelle Verhandlungen stattfinden, ist noch nicht bekannt geworden.

Ist das Tarifbruch?

Der Verband der Arbeitgeber der sächsischen Textilindustrie, Sitz Chemnitz, hat unserer Filiale in Gera brieflich mitgeteilt, daß die Arbeiterinnen, die anläßlich der Demonstration in Gera früher als zur üblichen Zeit die Arbeit verlassen haben, Kontraktbruch begangen hätten. Er teilt weiter mit, daß dem Herrn Reichsarbeitsminister von diesem Kontraktbruch Kenntnis gegeben worden sei. Den Kollegen Christian Schmidt, den Leiter unserer Filiale Gera, will der Verband für diesen Kontraktbruch verantwortlich machen. Der Brief ist noch unterzeichnet vom Färbereidirektor Claus in Gera.

Es ist etwas ganz Neues, daß, wenn Arbeiterinnen auf eine kurze Zeit den Betrieb verlassen, sie sich des Kontraktbruches schuldig machen. Wir werden ja sehen, wie der Schlitten geht, glauben aber heute schon annehmen zu müssen, trotz aller unserer Bedenken gegen die Rechtsprechung, daß sich der Verband sächsischer Textilindustrieller eine kräftige Abfuhr holen wird.

Beendeter Streik.

Der Streik der Teppichfabrik in Pouch bei Bitterfeld ist mit einem Teilerfolg beendet worden. Das Werk Pouch gehört zu einem Teppichkonzern, der in Leipzig seinen Sitz hat. Die Firma hatte bisher alle Verhandlungen abgelehnt. Nachdem von seiten der Arbeiterschaft der Schlichtungsausschuß in Halle um Vermittlung angerufen worden ist, hat die Firma Vertreter mit Vollmachten zu dem Termin entsandt. Es wurden folgende Vereinbarungen vor dem Schlichtungsausschuß getroffen:

1. Die Antragsgegnerin erklärt sich bereit, 100 Leute wieder einzustellen.
2. die Arbeiter können nach ihrer Wahl im Zeit- und Stundenlohn plus 20 Proz. oder im Akkordlohn nach den von der Antragsgegnerin aufgestellten Akkordsätzen arbeiten,
3. bleibt ein Zeitlohnarbeiter 14 Tage lang 15 Proz. unter der in den vorgelegten Akkordsätzen errechneten Pflichtleistung, so wird auf Antrag eine Nachprüfung über die Gründe durch den Schlichtungsausschuß erfolgen,
4. Antragsgegnerin verpflichtet sich, bis zum Schluß des Jahres keine Betriebsfremden von heute an einzustellen, vielmehr bei Neueinstellung die bisherigen Nichteingestellten zu berücksichtigen,
5. die Arbeit spätestens am Montag, den 18. Oktober, aufzunehmen.

Der Streik hat sechs Wochen gedauert.

Der Demonstrationszug der 8000 Textilarbeiterinnen in Gera im Film.

Der 8000 Personen starke Demonstrationszug der Textilarbeiterinnen vom 11. Oktober 1926 in Gera ist gefilmt worden. Der Film ist bereits acht Tage im Zentraltheater am Markt in Gera gelaufen. Er geht nun als Propagandafilm an die Textilorte. Wir glauben, daß an allen Orten, wo die Möglichkeit besteht, den Film zu zeigen, daß dieses auch geschieht. Er wird zweifellos die Propaganda für den Deutschen Textilarbeiterverband stark unterstützen.

Aus dem Filialbereich Greiz.

Im Filialbereich Greiz waren Ende September 1926 in der Textilindustrie 4311 männliche und 5028 weibliche, zusammen 9539 Arbeiter beschäftigt, davon entfallen auf den Nachbarort Elsterberg 816 männliche und 1226 weibliche, zusammen 2042 Arbeiter. Diese Zahlen zeigen, daß für den Deutschen Textilarbeiterverband noch recht viel Arbeit zu leisten ist, ehe die Unorganisierten dem Verband zugeführt sind.

Arbeitsrechtliches.

Ein beachtenswertes Urteil.

Die Großhandelsangestellten von Stettin führten eine Lohnbewegung, die ihren Abschluß in einem Schiedsspruch des zuständigen Schlichtungsausschusses fand, der vom zuständigen Schlichter für verbindlich erklärt worden war. Der Arbeitgeberverband des Stettiner Großhandels forderte nunmehr seine Mitglieder auf, diesem Schiedsspruch über die Gehaltsverhältnisse der Großhandelsangestellten nicht nachzukommen, was zu einer Klage der Großhandelsangestellten gegen benannten Arbeitgeberverband Veranlassung gab. Das Landgericht Stettin fällte dann am 2. Juni 1926 folgendes Urteil:

„Dem Beklagten (Arbeitgeberverband) wird bei Vermeidung einer Geldstrafe von unbeschränkter Höhe für jeden Fall der Zuwiderhandlung verboten, seine Mitglieder aufzufordern ihren Angestellten anstatt des tariflich festgesetzten Lohnes einen geringeren Lohn zu zahlen sowie zu anderen Verstößen gegen den Tarifvertrag aufzufordern.

Der Beklagte wird ferner verurteilt, das an seine Mitglieder gerichtete Rundschreiben vom 25. Januar 1926 sowie alle anderen Rundschreiben, in denen er seine Mitglieder zu Verstößen gegen den Tarifvertrag auffordert, dahin zu berichtigen, daß der Tarifvertrag bindend und daher von ihnen einzuhalten ist."

Weitgehende Beachtung findet auch die vom Gericht zu diesem Urteil gemachte Bemerkung:

„Es ist nicht angängig, daß eine Partei des Schiedsverfahrens sich einer in zulässiger Weise gekommenen, dem Gemeininteresse dienenden staatlichen Entscheidung widersetzt und ihre Angehörigen auffordert, dem Schiedsspruch entgegen zu handeln. Ein solches Verfahren geht über die als zulässig zu erachtenden Kampfhandlungen einer Interessenvertretung hinaus, es widerstreitet den auf eine Befriedigung des öffentlichen Lebens gerichteten Bestrebungen des Staates und steht deshalb im Widerspruche zu dem Anstandsgefühl aller billig und gerecht Denkenden. Mithin stellt sich der Inhalt des Rundschreibens als unerlaubte Handlung im Sinne des § 826 BGB. dar."

Da auch in unserer Industrie verschiedene Arbeitgeberverbände in diesem Jahre durch besondere Rundschreiben ihre Mitglieder dazu bewegten, von dem vereinbarten und bis dato eingehaltenen Ferienabkommen abzuweichen und einseitig Aenderungen zugunsten der Arbeitgeber vorzunehmen, empfiehlt es sich, in den Fällen, in denen solches geschehen ist, nachzuprüfen, inwieweit die Handlung mit der des Arbeitgeberverbandes des Stettiner Großhandels zu identifizieren ist.

Das internationale Arbeitsamt, die Arbeitermassen und der Achtstundentag.

(IGB.) Die soeben in Genf abgehaltene Sitzung des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes steht im Zeichen des Kampfes für den Achtstundentag, der eine solche Bedeutung erlangt hat, daß er zur Existenzfrage des Arbeitsamtes werden kann.

In diesem Sinne sprachen sich verschiedene Arbeiterdelegierte aus, so besonders Jouhaux, Generalsekretär des französischen Gewerkschaftsbundes und Vizepräsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes, der nachdrücklich auf die von den Regierungen im Laufe der Zeit, so speziell anläßlich der Ministerkonferenz von Bern und London gegebenen Versprechen hinwies und sagte, daß die Lage sich seither verschlechtert habe und die Arbeiter ihre volle Handlungsfreiheit zurücknehmen müssen, wenn diesen Versprechungen nicht Taten, sondern Schritte in entgegengesetzter Richtung folgen. Es handelt sich dabei um Regierungen, die ihre Unterschrift unter den Friedensvertrag gesetzt und damit ihr Wort gegeben haben. Sie sind es sich schuldig, dieses Wort zu halten.

„Das gegebene Wort", so sagte Jouhaux, „ist bis jetzt nicht eingelöst worden, während die Arbeiter ihr Wort gehalten haben. Wir haben das Recht, uns nicht nur an die Länder zu wenden, die für den Augenblick ihren Verpflichtungen nicht nachgekommen sind, sondern an alle Delegierten der im Verwaltungsrat vertretenen Länder. Wir fragen sie, ob sie glauben, daß man jetzt den geschlossenen Pakt verleugnen und uns raten kann, uns an die Arbeiter zu wenden und ihnen zu sagen: In Zukunft gibt es keine andere Garantie mehr als die Gewalt, die ihr anzuwenden vermögt und anzuwenden gewillt seid."

Damit wird ganz richtig gesagt, daß nicht nur Italien und England individuell dafür verantwortlich sind, wenn sie willkürlich die Arbeitszeit verlängern, sondern auch die anderen Vertragspartner. Es geht um ein Versprechen, das nach dem Kriege alle beteiligten Staaten gemeinsam den Arbeitern gemacht haben.

„Wir können es nicht dulden, daß eine Regierung ein allgemein angenommenes und von ihr teilweise ratifiziertes Regime verletzt. Wenn jedoch der Verwaltungsrat ohne Protest zuläßt, daß die Regierungen trotz der gegebenen Versprechen tun, was ihnen beliebt, so ist jede weitere Diskussion ausgeschlossen. Der Verwaltungsrat kann sich ruhig auflösen und das Internationale Arbeitsamt hat zu existieren aufgehört. Der Verwaltungsrat kann heute nicht schweigen, wenn er gestern gesprochen hat. Tut er dies dennoch, so muß die Arbeiterklasse diese neue Haltung feststellen. Die Frage ist nicht nur im Verwaltungsrat, sondern auch auf der internationalen Arbeitskonferenz besprochen worden. Sowohl der Verwaltungsrat, als auch die Internationale Arbeitskonferenz haben sich gegen jegliche Verletzung der von allen angenommenen Norm ausgesprochen. Tatsache ist jedoch, daß die Norm verletzt und das Wort gebrochen wurde! Wir haben nicht das Recht, uns als Richter aufzuspielen — dies wäre zu lächerlich — doch wir sind die Stimme des Gewissens und der Moral. In diesem Sinne protestieren wir gegen die Verletzung des gegebenen Versprechens". —

Um die Ratifizierung der Achtstundenkonvention zu beschleunigen, beschloß schließlich der Verwaltungsrat einstimmig die Einsetzung einer Kommission, die den Stand der Arbeitszeitgesetzgebung in jedem einzelnen Lande prüfen und geeignete Vorschläge zur möglichst baldigen Ratifizierung machen soll. Die Kommission, der u. a. Jouhaux, Oudegeest und Poulton (England) angehören, welch letzterer ebenfalls energisch für die Ratifizierung eintrat und selbst von einem Verrat an der Arbeiterklasse sprach, wird ihre Arbeiten sofort in Angriff nehmen und vor der nächsten, Ende Januar stattfindenden Sitzung, zu einer abschließenden Beratung zusammentreten.

Literatur.

Nr. 10 der **„Textilarbeiterjugend"** ist erschienen. Bemerkenswert ist ein Aufsatz über den bekannten Romandichter Bernhard Kellermann von Robert Keller; der Verfasser befaßt das Mittel des Unterhaltungsromans, das Kellermann anwendet, um Zeitfragen der Gegenwart weiteren Kreisen vor Augen zu führen. Wünsche wegen Zustellung der Jugendzeitschrift sind bei den Ortsverwaltungen des Verbandes anzubringen.

Kulturwille. Die Nummer 10 des Kulturwillens bringt einige ganz vorzügliche kritische Beiträge über die Probleme der Arbeiterpresse (Victor, Weligk, Sollmann). Ferner Beiträge über Karl Kraus' Kampf gegen die bürgerliche Presse, Erfahrungen mit der Zensur von Hellmut v. Gerlach, Oeffentliche Meinungen in Rußland von Just. Außer obigen Gedichten und Gedichten von Karl Kraus und kleineren literarischen Skizzen von Behne, Victor, Polgar und Müller enthält die Nummer eine Anzahl Holzschnitte aus Masereels politischen Zeichnungen. Wir halten es für einen besonderen Vorzug des Kulturwillens, daß seine Mitarbeiter durch lebendige Darstellung das Interesse des Arbeiterlesers an solchen Fragen weckt, deren Beantwortung dazu dient, sein sozialistisches Weltbild zu weiten. Jeder kulturell interessierte Arbeiter, jeder Partei- oder Gewerkschaftsgenosse sollte diese vorzüglich redigierte Monatsschrift beziehen. Einzelnummer 20 Pf. Jahresabonnement 2,40 Mk. Probenummer frei. Verlag Allgemeines Arbeiter-Bildungs-Institut, Leipzig, Braustr. 17.

Urania. Monatshefte für Naturerkenntnis und Gesellschaftslehre. Heft 1, Jahrgang 1926/27. Urania-Verlags-Gesellschaft m. b. H., Jena.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Sonntag, den 31 Okt., ist der Beitrag für die 44. Woche fällig

Achtung! Achtung!

Mitglieder-, Arbeitslosen- und Kurzarbeiterzählung betreffend!

Stichtag für die Oktoberzählung ist Sonnabend, der 30. d. M.

An diesem Tage ist eine Zählkarte, gewissenhaft ausgefüllt und als Postkarte (mit 5-Pf.-Marke frankiert) an uns einzusenden.

Zu berichten hat jede Ortsverwaltung. Die Karte ist auch dann einzusenden, wenn keine Veränderungen gegenüber dem Vormonat eingetreten sind.

Um Zeit und Porto für Mahnungen zu sparen, ist rechtzeitige Einsendung der Karte notwendig.

Der Vorstand.

Adressenänderungen.

Gau Cassel. Fulda ist zu streichen, da mit Hersfeld verschmolzen.

Gau Gera. Auma. V: Alfred Militzer, Triptisserstr. 16.

Gau Sachsen. Glauchau. Grunert ist zu streichen! K: Richard Bachmann, Glauchau, Scheerbergstr. 23.

Totenliste.

Gestorbene Mitglieder.

Bremen-Blumenthal. Heinrich Tauke.
Hannover. Henri Olms, Friedr. Mehrheimb, Margarete Zange, Martha Flachsbart.
Kirchberg. Johanne Knoll.
Mannheim-Sandhofen. Gustav Tamm.
München. Ursula Wirth.
Tahlheim i. Erzgb. Minna Clauß.

Ehre ihrem Andenken

Ohne Konkurrenz ist unser heutiges Angebot!

Bei portofreier Zusendung liefern wir den Mitgliedern des DTV.

Gerhart Hauptmann, Ausgewählte Werke
6 Leinenbände mit zusammen 3000 Seiten .... für **5 Mk.**
Anzahlung bei Empfang und weiteren 7 Monatsraten à 4,— Mk. Bei sofortiger Barzahlung ... für 30,— Mk.

Wilh. Bölsche, Entwicklungsgeschichte der Natur
2 starke Bände, mit zahlreichen Tafeln in Schwarz- und Farbendruck, mit ca. 1000 Abbildungen im Text, für **5 Mk.**
Anzahlung bei Empfang u. zwei weiteren Monatsraten à 4 Mk.

Antiquarische, nur leicht beschädigte Exemplare nur bei sofortiger Bezahlung für 10,— Mk.

Jeder Kollege kann sich also diese beiden Werke durch uns ohne nennenswerte Ausgabe anschaffen.

Textil-Praxis, Verlagsgesellschaft m.b.H.
Abt.: Buchhandlung, Berlin O 34, Memeler Str. 8-9

Verlag: Karl Hübsch in Berlin, Memeler Str. 8/9 — Verantwortlicher Redakteur Hugo Dressel in Berlin. — Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin.

Nr 44

Beilage zum Textil-Arbeiter

Berlin, den 29. Oktober 1926

Zu der Landtagswahl in Sachsen.

Am 31. Oktober 1926 finden in Sachsen die Wahlen zu dem Sächsischen Landtag statt. Sachsen ist früher einmal das „rote Königreich" genannt worden, und zwar nach einer Reichstagswahl, bei welcher mit Ausnahme des einen Kreises Bautzen, überall sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete gewählt wurden. Freilich, die Arbeiterschaft war damals in sich einig und geschlossen und dieser Einigkeit und Geschlossenheit verdankte sie damals ihren Sieg. Trotzdem sollte man annehmen können, daß die Aussichten für eine der Arbeiterschaft günstige Wahl sich seit jener Zeit gebessert haben müßten. Nach dem Umsturz 1918 überragten die Sitze der Arbeiter in der Volkskammer die Sitze der bürgerlichen erheblich. Das Verhältnis hat sich aber bei den nachfolgenden Wahlen verschlechtert. Gegenwärtig befindet sich die sächsische Arbeiterschaft in einem heftigen Parteistreit, der zweifellos das Wahlergebnis ungünstig beeinflussen muß. Wir möchten deshalb an dieser Stelle an unsere Kollegen und Kolleginnen in Sachsen die Bitte richten, sich nicht irre machen zu lassen und bei der

Wahl am 31. Oktober ihre Pflicht zu erfüllen,

zumal die Arbeiterschaft doch längst einsehen muß, daß eine Schwächung der politischen Machtstellung der Arbeiterschaft gleichzeitig die Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Lage zur Folge haben muß. Aus dieser Erkenntnis heraus müssen die Textilarbeiter und -arbeiterinnen alles tun, um einen günstigen Wahlabschluß herbeizuführen.

Für die sächsische Textilarbeiterschaft kann es deshalb am 31. Oktober nur eine Parole geben, die lautet:

Wählt sozialdemokratisch.

Bericht vom Reichskongreß der Textilarbeiterinnen in Gera.

(1. Fortsetzung)

Zweiter Verhandlungstag.

Nachdem Kollegin Krummschmidt eine Anzahl geschäftlicher Mitteilungen erledigt hat, erhält die Kollegin Emma Ritsche-Berlin zu dem Tagesordnungspunkt: „Die schwangere Textilarbeiterin in der Gesetzgebung" das Wort. Kollegin Ritsche führt aus: Wer sich mit den sozialen Problemen der Zeit beschäftigt, dem geht es wie dem bekannten Wanderer. Je länger und tiefer man blickt, desto mehr Unrecht, Unglück, Schmerz und Elend erblickt man. Eins der wichtigsten sozialen Probleme sei die Frauenfrage. Zunächst sei sie wie ein einfaches Rechenexempel behandelt worden, das nur errechnete, wieviel Frauen zur Erwerbsarbeit herangezogen werden können. Die rasche Zunahme der Erwerbsarbeit verheirateter Frauen, wie sie für alle Länder mit stark entwickelter Industrie zu verzeichnen sei, weist der sozialen Reform nicht nur neue wichtige Aufgaben zu, sondern ist auch geeignet, die soziale Lage außerordentlich zu verschärfen. Außerdem sei ohne besondere Beweise einleuchtend, daß die Erwerbsarbeit der Frau das Familienleben der Arbeiterklasse untergräbt. Das sei die eine Seite des Problems. Die andere Seite, die uns hier zunächst beschäftigt, ist der schädigende Einfluß, die die Arbeit verheirateter Frauen auf die geschlechtlichen Funktionen des Weibes und auf die physische Entwicklung der jungen Generation ausübt. Die Erwerbsarbeit gefährdet die schwangere Frau, die junge Mutter und den Säugling. Infolge der Erkenntnis dieser Tatsache und der Gefahren, die für die Volksvermehrung und Volksgesundheit entstehen, ist man in England im Jahre 1844 dazu übergegangen, den gesetzlichen Arbeiterschutz, der ein Arbeiterinnenschutz war, zu schaffen. Es dauerte aber noch lange, ehe der Staat zum Mutterschutz überging. Erst seit dem Jahre 1907 besteht ein Gesetz auf unentgeltliche Bestellung von Pflegerinnen für junge Mütter. Dieses Gesetz habe zur Folge gehabt, daß die Kindersterblichkeit in den Jahren 1907 bis 1909 in den Textilbezirken von 132 auf 109 vom Tausend zurückgegangen ist. In Frankreich wurde im Jahre 1848 ein Kinderschutz geschaffen. Gegenwärtig besteht das Verbot der Beschäftigung von Wöchnerinnen 4 Wochen nach der Niederkunft. In Bulgarien dürfen nach einem Gesetz von 1917 Schwangere und Wöchnerinnen insgesamt 8 Wochen, davon 4 Wochen vor der Entbindung nicht beschäftigt werden. Sie gelten in dieser Zeit als beurlaubt und erhalten den halben Arbeitslohn. Entlassung wegen Schwangerschaft ist verboten. Während weiterer 6 Monate nach der Niederkunft ist den Arbeiterinnen jeden Sonnabend ein und zwei Stunden früherer Arbeitsschluß bei ungekürztem Arbeitslohn zur Besorgung ihres Säuglings zu gewähren. Sie bespricht daraufhin noch den Wöchnerinnenschutz in Mexiko, Argentinien, Peru, Italien, Südafrika, der franz. Kolonien, Serbien, Griechenland, Dänemark usw., die einen besonders strengen Wöhnerinnenschutz haben.

In Deutschland wurde der erste Vorstoß zum Kinderschutzgesetz im Jahre 1828 gemacht. Infolge der Nachtarbeit der Fabrikkinder war in den Fabrikbezirken Preußens eine große Kindersterblichkeit zu verzeichnen. Ueberall erschallte der Ruf nach Abhilfe. Erst 1831 ist es gelungen, die Regierung zu einer Verordnung über Kinderarbeit, sowie auch zum Erlaß des Fabrik-Regulativs von 1831 zu veranlassen. Im Gesetz vom Jahre 1853 wird gesagt, daß dort, wo ein Bedürfnis bestehe, die staatliche Inspektion eingeführt werden kann.

Bei der Reichsgründung 1871 wurde die Gewerbeordnung des deutschen Bundes vom Jahre 1861 auf das Reich übernommen, die u. a. auch Schutzmaßnahmen für die Arbeiterinnen vorsah. Dieser erste Schutz der Frauen in den Betrieben bezog sich auf die Mutter. Im Jahre 1877 reichten die sozialdemokratischen Abgeordneten dem Reichstag einen Antrag ein, der das Verlangen nach Schutz für die Wöchnerinnen stellte. 1879 wurde erstmalig durch Gesetz festgelegt, daß Arbeiterinnen 4 Wochen nach der Entbindung nicht arbeiten dürfen. Ueber die Unzulänglichkeit dieses Schutzes gebe eine Statistik aus den 80er Jahren Aufschluß. Es ist darin von einer auffallenden Kindersterblichkeit gesprochen. In Preußen gab es damals 35 Kreise, in denen die durchschnittliche Kindersterblichkeit im ersten Lebensjahr 30 Proz. betrug. 19 dieser Kreise lagen im niederschlesischen Industriegebiet. Aehnlich lagen auch die Verhältnisse in anderen Textilbezirken. Im württembergischen Bezirk betrug die Kindersterblichkeit 48 Proz., in den sächsischen Industriebezirken gab es sogar Ortschaften, in denen die Hälfte, also 50 Proz. aller Kinder vor Vollendung des ersten Lebensjahres starben. Als Ursache wurde immer angegeben, daß die Frau nach der Entbindung nicht die nötige Schonung gehabt habe. Nichts meldete die Statistik von dem unendlichen Seelenleid der Frau, die sich in ihren Mutterhoffnungen betrogen sah. — Die Textilarbeiter forderten deshalb von der Gesetzgebung Regelung der Frauenarbeit. 1891 wurde dann, und zwar wiederum durch die Gewerbeordnung, der Schutz der Wöchnerinnen auf 6 Wochen erhöht. Man machte aber den Unternehmern dahingehend Konzessionen, daß die Arbeiterin schon 4 Wochen nach der Entbindung arbeiten durfte, wenn sie das Zeugnis eines approbierten Arztes erbrachte. Nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes traten aber auch schon die Unternehmer gegen die darin enthaltenen Schutzbestimmungen auf. Die Unternehmer erklärten, daß ihnen niemand zumuten könne, den Arbeitsplatz solange offen zu halten.

Die Arbeiterin hat also außer dem Lohnausfall durch die Schutzfrist noch damit zu rechnen, ihren Arbeitsplatz zu verlieren. So wurde die Mutterschaft der Textilarbeiterin gewertet. Sie sollte ihre Arbeit verlieren, ins Elend versinken, weil sie einem neuen Erdenbürger das Leben geschenkt hatte. Trotz des verlängerten Schwangerenschutzes ist festgestellt, daß die Säuglingssterblichkeit noch gewaltig groß ist. So starben z. B. in dieser Zeit in Reichenbach in Schlesien 44 Proz. und in Langenbielau 54 Proz. aller Säuglinge. ⅛ aller in Deutschland Gestorbenen entfällt auf das erste Lebensjahr. Die Säuglingssterblichkeit ist in Deutschland erheblich größer geworden, als in den meisten anderen Kulturstaaten. Wie die Säuglingssterblichkeit mit der wirtschaftlichen Lage der Mutter zusammenhängt, offenbart eine Statistik von Berlin. In Berlin starben in den Jahren 1904 in den Stadtteilen Friedrichstadt und Tiergarten von tausend lebend Geborenen 48, dagegen in den Arbeitervierteln Gesundbrunnen und Wedding 334 Kinder, in einem Jahr. Die Kollegin Ritsche verlangt deshalb außer den statistischen Untersuchungen durch das Reich Belehrung der Mütter, Stillprämien und einwandfreie Kindermilch. Die zunehmende Säuglingssterblichkeit sei eine Folge der zunehmenden Proletarisierung der Masse. Der deutsche Textilarbeiterverband habe im Verein mit der sozialdemokratischen Partei erneut Forderungen auf Schwangerenschutz gestellt. Auf dem Delegiertentag im Jahre 1900 in Gößnitz forderten die Textilarbeiter Ausdehnung der Schutzbestimmungen für Schwangere und Wöchnerinnen auf mindestens 2 Monate vor und 2 nach der Entbindung. Ferner Beseitigung der Ausnahmebewilligung auf Grund eines ärztlichen Attestes. Am 1. Januar 1910 wurde wiederum durch die Gewerbeordnung der Wöchnerinnenschutz auf insgesamt 8 Wochen erhöht, wovon 2 Wochen vor den Entbindung liegen sollen. Diese Bestimmung bestehe heute noch zu Recht. Daneben besteht aber die durch den Krieg notwendig gewordene Wochenhilfe. Dieselbe war zunächst nur für die Frauen der Kriegsteilnehmer gedacht. Seit 1919 gilt sie für alle Wöchnerinnen. Die Wochenhilfe beträgt 10 Wochen, davon sind 2 Wochen vor der Entbindung gedacht. Der Deutsche Textilarbeiterverband betrachtet es als eine seiner vornehmsten Aufgaben, den Schutz der Schwangeren durch Gesetz sicherzustellen. Er will das öffentliche Gewissen wachrufen, zur Anerkennung der Not der schwangeren Arbeiterin. Der Deutsche Textilarbeiterverband sei die berufenste Gewerkschaft, diese Forderung an die Regierung zu stellen. Der Kampf um den Schutz der Schwangeren wurde im Juli 1923 durch eine Versammlung der schwangeren Arbeiterinnen in Crimmitschau eingeleitet. Eine Unsumme von Arbeit ist während dieser Zeit geleistet worden. Die Parteigenossinnen und -genossen haben in Reich und Land diese unsere Forderungen begründet und haben dabei festgestellt, daß der Textilarbeiterverband auf dem Gebiet des Schwangerenschutzes in einem Jahr mehr geleistet hat, als von der Regierung jemals geschehen ist. Eine ganze Anzahl von Erfolgen haben wir zu verzeichnen. Besonders sei erwähnt, daß der Braunschweigische Landtag 15 000 Mark zu diesem Schutz zur Verfügung gestellt habe und seit dem 1. Oktober die freie Hebammenhilfe für die Arbeiterinnen besteht. Rednerin versichert, daß der Deutsche Textilarbeiterverband nicht eher rasten und ruhen wird, bis der gesetzliche Schwangerenschutz durchgeführt ist. Dazu brauchen wir aber die Mitarbeit aller Kolleginnen in Stadt und Land. Die Frauen haben die Gleichberechtigung und haben dafür die Verpflichtung, für ihre Rechte einzutreten. Vor allem müssen sich die Frauen die Auffassung zu eigen machen, daß die Mutterschaft die Quelle der Volkserneuerung ist, die des Schutzes bedarf, wenn die Menschheit nicht zu Grunde gehen soll. Die Frauen sind von Natur dazu bestimmt, der Lebensfortpflanzung zu dienen und die Gesellschaft sei deshalb verpflichtet, die Frauen zu schützen. Die Frauen seien deshalb auch um so mehr berufen, sich dafür einzusetzen, daß der werdenden Mutter der Schutz zuteil wird, der ihr bisher immer versagt blieb. Arbeitet mit unserer Organisation am Ausbau der Schutzbestimmungen für Schwangere, die ihr nicht Mütter leid, die ihr aber jemals Gelegenheit habt, anda htsvoll am Lager der jungen Mutter zu stehen und euch ergreifen laßt von dem Glücksleuchten in den vom Schmerz zerrissenen Zügen. Arbeitet mit, die ihr den Augenblick erlebt, in dem die Mutter zum ersten Male ihr Kind an die Brust legt, vergeßt beim Anblick dieser glücklichen Mutter nicht die Schwergebeugte, geht nicht gefühllos vorüber an der Schwangeren, die ihren Körper zur Arbeit schleppt, um ihre Kinder nicht verhungern zu lassen. Seht nicht vorbei an dem schmerzvollen Gesicht der Mutter, die ihren Liebling dahingehen sieht, verschließt nicht euren Blick vor dem kleinen Kindersarg, er schließt alle Hoffnungen des Mutterherzens ein. So ruft die Kollegin Ritsche dem Kongreß zu. Sie schließt mit den Worten: Kämpft mit uns für den Schutz der Schwangeren, kämpft mit uns für die Ueberwindung der Vorurteile, kämpft mit uns für die Verwirklichung des Sozialismus. Eure Kinder werden es euch danken, indem sie miterbeiten an der Entwicklung der Menschheit, zu einem freien frohen Geschlecht (Lebhafter Beifall.)

Die Kollegin Krummschmidt-Berlin sprach sodann über die Forderungen des Deutschen Textilarbeiterverbandes betr. Schutz der schwangeren Textilarbeiterinnen. In den Vordergrund ihrer Ausführungen stellt sie die Forderung des Deutschen Textilarbeiterverbandes an die Gesetzgebung und geht ein auf die Beschwerden der schwangeren Textilarbeiterinnen an den Maschinen, auf welche sie schon wiederholt im „Textilarbeiter" hingewiesen hat, fordert vom Reich, zur Erhaltung der Gesundheit und Arbeitsfähigkeit, zum Schutz der Mutterschaft und zur Vorsorge für die Wechselfälle des Lebens, ein umfassendes Versicherungswesen. Die Frage des Schwangerenschutzes liege nicht allein im Interesse der Frau, sondern im Interesse des gesamten Staatslebens. Man verlange deshalb die Mitarbeit des Staates und der Reichsregierung, an der Verwirklichung der Forderungen des Deutschen Textilarbeiterverbandes. Eine der wichtigsten Aufgaben sei es, die Arbeitszeit auf ein gesundes Maß zurückzuführen und deshalb verlangt sie Ratifizierung des Washingtoner Abkommens.

Von diesem Gesichtspunkte ließ sich auch der Deutsche Textilarbeiterverband leiten, als er in den Jahren 1922 bis 1923 durch Wort und Schrift versuchte, den Gemütszustand der schwangeren Textilarbeiterin zu erforschen. Aus zahlreichen Briefen dieser Arbeiterinnen ging hervor, daß ihnen das Arbeiten in der Fabrik im schwangeren Zustande ganz erhebliche Schmerzen und Leiden verursachte, ja manchmal bis zur Unerträglichkeit sich steigerte, daß sie aber wegen ihrer wirtschaftlichen Notlage auch die Verdienstmöglichkeit nicht aufgeben konnten. All diese Tatsachen veranlaßten unsere Organisation zu Forderungen des gesetzlichen Schwangerenschutzes. Den Auftakt gab eine Versammlung schwangerer Textilarbeiterinnen in Crimmitschau im Jahre 1923. Eine der ersten Forderungen ist daher auch, daß Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sowie die Vorgesetzten ein ernstes und würdiges Verhalten der schwangeren Textilarbeiterin gegenüber wahren und ihr Erleichterung schaffen, indem sie ihr bei allen Arbeiten, die ihr schwer fallen, behilflich sind. In den Betrieben, wo die schwangeren Arbeiterinnen dauernd stehend oder laufend ihre Arbeit verrichten müssen, sollen Sitzgelegenheiten geschaffen werden. Unbedingtes Erfordernis ist ferner, daß besondere Räume im Betriebe eingerichtet werden, in die sich die Schwangere gegebenenfalls zurückziehen kann. Einrichtung guter Kantinen und Bereitstellung von Speisen und Getränken, welche den besonderen Bedürfnissen der schwangeren Arbeiterin entsprechen. Die Einrichtung von ärztlichen Sprechstunden im Betriebe, die Bereitstellung von Medikamenten, die nach ärztlichen Erfahrungen im Zustande der Schwangerschaft erforderlich sind, ist ebenfalls notwendig. Aufgabe der Betriebsräte wird es sein, diese Forderungen verwirklichen zu helfen. An die Gemeindekörperschaften ergeht die Forderung, ärztliche Beratungsstellen für die Schwangeren einzuführen, Entbindungsheime, Mütter- und Säuglingsheime zu schaffen. Die Reichsregierung und die Landesparlamente werden aufgefordert, zur Beratung und zur besonderen Fürsorge der schwangeren Arbeiterinnen die weiblichen Gewerbeaufsichtsbeamtinnen zu verpflichten und weibliche Gewerbeärzte als Gewerbeaufsichtsbeamtinnen einzustellen, die die Einwirkung der Erwerbsarbeit auf den Körper und das Seelen- und Gemütsleben der Frau in der Periode der Schwangerschaft erforschen. Um die schwangere Textilarbeiterin bei eintretenden Schwangerschaftsbeschwerden vor großer Not zu bewahren, wird verlangt, daß die Schwangerschaftsbeschwerden als Krankheiten im Sinne der Reichsversicherungsordnung durch die Krankenkassen anerkannt werden. Ferner sollen die Krankenkassen zur Uebernahme der Kosten für ärztliche Behandlung und Gewährung von Medikamenten an die Familien der verheirateten Versicherten verpflichtet werden. Die Einführung einer gesetzlichen Kinderversicherung ist auch für Deutschland ein unbedingtes Erfordernis, um einigermaßen die wirtschaftliche Not der kinderreichen Familien zu mildern. Als Muster sei auf die österreichische Kinderversicherung hingewiesen. — Zur Erhaltung der Gesundheit von Mutter und Kind, bis zur vollständigen Loslösung der Schwangeren von der Erwerbsarbeit, fordert der Deutsche Textilarbeiterverband von der Gesetzgebung Verbot der Erwerbsarbeit der schwangeren Personen für die letzten drei Monate der Schwangerschaft, Beschränkung der Erwerbsarbeit schwangerer Arbeiterinnen im fünften und sechsten Monat auf höchstens vier Stunden pro Tag. Um der schwangeren Arbeiterin die Möglichkeit zu schaffen, sich für die schwere Stunde der Geburt vorzubereiten und Kräfte zu sammeln, wird eine entsprechende Vergütung des entgehenden Arbeitsverdienstes aus Mitteln des Staates oder einer zu schaffenden obligatorischen Kollektivversicherung gefordert.

An alle deutschen gesetzgebenden Körperschaften ergeht daher die Aufforderung, diese Forderungen verwirklichen zu helfen. Denn die Frage des Schwangerenschutzes ist nicht allein eine Frage der Frau, sondern sie ist eine Frage des Staates, der gesamten Nation. Ausreichender Schwangeren- und Mutterschutz gibt die beste Gewähr für eine Sicherung der Volksgesundheit. Unsere Forderungen nach Schwangerenschutz stehen im engsten Zusammenhang mit dem Inhalt der Artikel 119 und 161 der Reichsverfassung, wo gesagt wird, „Die Mutterschaft hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge des Staates" und ferner „Zur Erhaltung der Gesundheit und Arbeitsfähigkeit, zum Schutz der Mutterschaft und zur Vorsorge gegen die wirtschaftlichen Folgen von Alter, Schwäche und Wechselfällen des Lebens schafft das Reich ein umfassendes Versicherungswesen unter maßgebender Mitwirkung der Versicherten". Als zunächstliegende Forderung zur Verwirklichung eines gesetzlich geregelten Schwangerenschutzes sind Achtstundentag, freier Sonnabend-Nachmittag und Ausbau des Jugendschutzes zu betrachten. Alle Arbeiterinnen, alle Behörden, die an einen sozialen Aufstieg der Arbeiterschaft interessiert sind, haben die Aufgabe, alles daran zu setzen, daß die Forderungen des Deutschen Textilarbeiterverbandes zur Tat werden zum Wohle der gesamten Arbeiterschaft im allgemeinen und zur Befreiung der Frau im besonderen.

(Forts. folgt.)

Berichte aus Fachkreisen.

Buchholz-Annaberg. Franz Kaden †. Bei der Ausführung eines Auftrages für die proletarischen Freidenker verunglückte unser altes Mitglied, Kollege Franz Kaden, und verstarb an den Folgen. Kollege Kaden, den nichts verdroß, bei allen Gelegenheiten für unsere gerechte Sache einzutreten, hat sich durch seine aufopfernde Tätigkeit in der Arbeiterbewegung, insbesondere in der Textilarbeiterbewegung, ein dauerndes Ehrenmal geschaffen. Möge die junge Generation sich unseren Franz Kaden zum Vorbild nehmen und ihm nacheifern. Wir rufen ihm noch ein „Habe Dank" nach.

Kirchberg. Nach längerer Zeit konnte unsere Filiale wieder eine Arbeiterinnenversammlung abhalten, die von 250 Kolleginnen und 60 Kollegen besucht war. Die Kollegin Ritsche aus Berlin besprach mit guter Sachkenntnis und formvollendeter Rede die Verhältnisse der Textilarbeiterinnen als Arbeiterin, Hausfrau, Mutter und als Mitkämpferin. Weiter ging sie auf die Sozialgesetzgebung ein und wies überzeugend nach, daß mit den bis jetzt bestehenden Gesetzen nicht auf die Dauer auszukommen sei, sondern es müßten im Interesse des Volksganzen für die Arbeiterinnen und für die Textilarbeiterinnen im besonderen größere Schutzmaßnahmen geschaffen werden. Der Deutsche Textilarbeiterverband sei in diesen Fragen führend vorgegangen. Die Kolleginnen müßten aber auch erkennen, daß Wünsche und Forderungen nur zu erreichen seien, wenn diese von einer großen Zahl Interessierter durch ernsten Willen und Geschlossenheit mit Nachdruck vertreten werden. Die Arbeiterinnen sind im Arbeitsprozeß der Textilindustrie ein Hauptfaktor und hätten demzufolge auch die Pflicht, an zu schaffenden Verbesserungen mitzuhelfen. Der Deutsche Textilarbeiterverband sei die Stelle, wo sich die Arbeiterinnen der Textilindustrie sammeln und organisieren müssen. Die Versammlung war von gutem Geiste beseelt und wird hoffentlich auch Früchte tragen.

Langenbielau. Eine Textilarbeiterinnenversammlung tagte am vergangenen Donnerstag im Dinterschen Saale, die leider infolge des sehr starken Regenwetters recht mäßig besucht war. Ueber die Tagesordnung: „Die Bedeutung der Frauen im Erwerbsleben und die Ausübung ihrer wirtschaftlichen und politischen Rechte" referierte Kollege Lang vom Deutschen Textilarbeiterverband in zirka einstündigen Darlegungen, die mit ersichtlichem Interesse von den Versammlungsbesuchern aufgenommen wurden. Der Referent ging von der Tatsache aus, daß in allen Industrien die Arbeit ursprünglich neben der geistigen Inanspruchnahme auch eine mehr oder minder große körperliche Anstrengung erforderte und deshalb in der Hauptsache von Männern ausgeübt wurde. Nach Einführung von maschinellen Einrichtungen in den Betrieben wurden jedoch auch

Frauen in einer größeren Anzahl mit herangezogen, deren Zahl sich im gleichen prozentualen Ausmaße vermehrte, als sich die maschinellen Einrichtungen verbesserten und die schwere körperliche Anstrengung bei der Arbeit von der Maschine übernommen wurde. In den Arbeiterinnen fanden die Unternehmer nicht nur willigere, sondern auch billigere Arbeitskräfte; Eigenschaften, die die Unternehmer noch mehr anreizten, deren Zahl ständig zu vermehren. Der Prozentsatz der weiblichen Beschäftigten ist natürlich in den einzelnen Industrien sehr verschieden, mit am bedeutungsvollsten in der Textilindustrie, in der bei der letzten amtlichen Berufs- und Betriebszählung vor dem Kriege im Jahre 1907 neben 529 008 männlichen 528 255 weibliche Beschäftigte nachgewiesen wurden. Hier betrug der Prozentsatz also schon 50 Proz. gegen 45,3 im Jahre 1895 und 38,1 im Jahre 1882. Eine vom Deutschen Textilarbeiterverbande vorgenommene Zählung im Jahre 1922 ergab männliche 37,4 Proz. und weibliche 62,6 Proz. Gegenwärtig, Ende 1926, sind auch diese Zahlen wieder überholt und dürften kaum noch 33 Proz. männliche und mindestens 67 Proz. weibliche Arbeiter in der Textilindustrie beschäftigt sein. In einzelnen Zweigen der Textilindustrie — so in den Spinnereien — ist das Verhältnis noch schlimmer. Es gibt Spinnereien, in denen nur noch 10 Proz. männliche gegen 90 Proz. weibliche Beschäftigte vorhanden sind.

Diese Verhältnisse zwangen viele Weibliche, nicht nur Objekt der Wirtschaft zu sein und bleiben zu müssen, sondern als Subjekt gestaltend in dieselbe einzugreifen. Diese Möglichkeit bot den Textilarbeiterinnen der Deutsche Textilarbeiterverband, wie den übrigen gewerblich tätigen Weiblichen die anderen freien Gewerkschaften.

Im Jahre 1922, wo durch die Inflation in allen Industrien eine kaum je gekannte Hochkonjunktur herrschte, dadurch die Mitgliederzahlen in den freien Gewerkschaften gewaltig anschwollen, zählten weibliche Mitglieder der

Deutsche Textilarbeiterverband . . .	468 444	von	704 852	insges.
Deutsche Fabrikarbeiterverband . .	203 287	„	722 081	„
Deutsche Metallarbeiterverband . .	188 065	„	1 617 486	„
Deutsche Landarbeiterverband . . .	137 089	„	555 8?4	„
Deutsche Tabakarbeiterverband . .	101 938	„	126 993	„
Deutsche Bekleidungsarbeiterverband .	93 322	„	152 200	„

usw.

Leider sind von allen diesen Mitgliedern und insbesondere von den weiblichen in den späteren Jahren viele ihrer gewerkschaftlichen Fahne untreu geworden, haben dadurch ihren eigenen Einfluß vermindert und den der Unternehmer vermehrt, was sich wieder äußert in zurückgebliebenen Löhnen für die Arbeiterschaft und in gestiegenen Gewinnen für die Unternehmungen.

Referent erläuterte dies an einer Reihe von Beispielen, wo außerordentlich hohe Summen an die Nutznießer von kapitalistischen Unternehmungen zur Verteilung gelangten in Form von hohen Dividenden, Abschreibungen größerer Summen auf alle möglichen Konten, außerordentlich hohe Gehälter an Direktoren usw. und Gewährung von unglaublich hohen Tantiemen an Aufsichtsratsmitglieder. Redner wies auch noch darauf hin, daß trotz des wirtschaftlichen Uebergewichts die Unternehmer ihre Macht zu erweitern suchen. Unorganisierte werden im Unternehmerlager nicht geduldet. Aber auch politisch wissen die Unternehmer ihre Staatsbürgerrechte besser zu gebrauchen als die Arbeiter und Arbeiterinnen, sonst könnte es nicht vorkommen, daß die Vertreter der bürgerlichen Gesellschaftsauffassung in den Parlamenten eine Mehrheit aufweisen und gesetzliche Bestimmungen zugunsten der Arbeiterschaft ablehnen. Gerade die Arbeiterinnen haben hieran eine große Schuld, sie besitzen zwar dieselben Staatsbürgerrechte wie die Männer, aber bei Wahlen vergessen sie zum Teil ihrer Wahlpflicht zu genügen oder geben aus Unkenntnis sogar denjenigen Parteien ihre Stimme, von denen sie in der Gesetzgebung bekämpft werden.

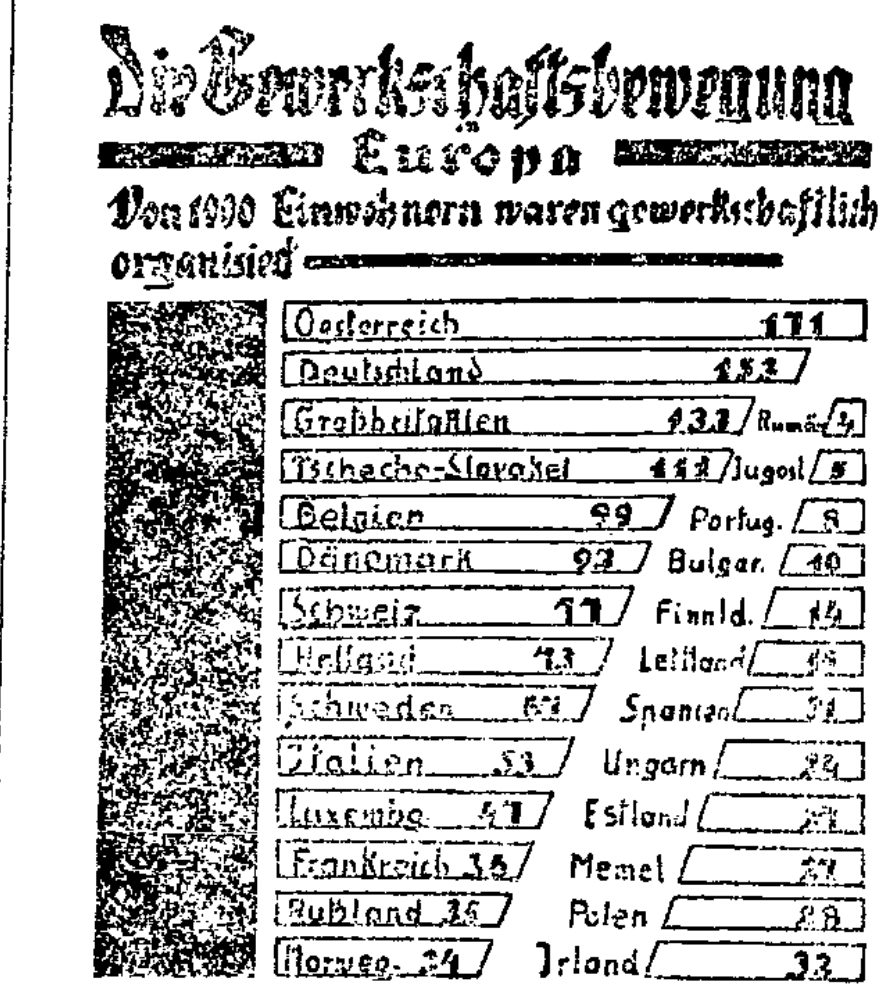
Mit der Ermahnung an die Versammelten, sich an dem „**Willen zur Machtentfaltung**" an den Unternehmern ein Beispiel zu nehmen, schloß der Referent seine Darlegungen.

Hoffen wir, daß diese Ausführungen auf fruchtbaren Boden gefallen sind.

Messersdorf (Wigandstal). (Ein Unternehmeridyll.) Fast unglaubliche Zustände herrschen in der hiesigen Plüschweberei J. G. Schiller, Inhaber Max und Otto Richter. Hinzusetzen muß man noch, im Jahre 1926. Standen da am 22. September zwei Kollegen vom Textilarbeiterverband an den beiden Ausgängen bereit, um anläßlich der gewerkschaftlichen Werbewoche Flugblätter auszuteilen. Um 5 Uhr nachmittags ertönte das Fabriksignal. Aber nur ganz wenige Arbeiter und Arbeiterinnen verließen den Betrieb. Unsere Kollegen erfuhren nun ganz sonderbare Dinge. Ein Teil des Betriebes (Scherer) arbeitet in zwei Schichten und läuft der Betrieb bis 10 Uhr abends. Wer nun von den dort Beschäftigten, in Frage kommen die Weber, länger als wie sonst arbeiten will, kann da bleiben, weil die Maschine sowieso laufen muß. „Es hört jeder auf zu arbeiten, wenn er will," erklärte man den Flugblattverteilern. Und tatsächlich war es so. Es kamen ununterbrochen einzelne Leute aus dem Betriebe heraus. Um 6 Uhr kam wieder ein größerer Trupp, hauptsächlich waren es wohl Treiberinnen und Spulerinnen. Und dann immerwährend wieder einzelne Personen. Um 7 Uhr mochte wohl wieder für eine einzelne Abteilung Schluß sein; denn da gab es für die Kollegen wieder zu tun. Nun hatte wohl der überwiegende Teil der Belegschaft den Betrieb verlassen. Aber immer hörte man noch drinnen den Gang der Webstühle. Unsere Kollegen haben selbstverständlich gefragt, wann die letzten Weber eigentlich aufhören und wann sie anfangen zu arbeiten. Die Antwort lautete: „Nu, von früh im sieben bis obends im zahn arbeiten die. Die kriegen a Heale gor ni mi vul, hauptsächlich seine ju die Speckgaartner." (Arbeiter, die über eine kleine Landwirtschaft verfügen. D. R.) Aber auch allerlei andere „interessante" Dinge waren zu erfahren. So gibt es, wenn die Arbeiter der Firma richtig berichteten, eine ungesetzliche Arbeitszeit von 10½ Stunden täglich für Frauen und Mädchen in einer Abteilung. Jugendliche arbeiten bis 11 Stunden täglich. Voriges Jahr im Frühjahr ist es schon Sitte gewesen, daß, als in zwei Schichten gearbeitet wurde, mehrere Arbeiter immer etliche Tage in der Woche zwei Schichten durchgearbeitet haben. Als dann bei diesem Eiltempo die Bestellungen natürlich schneller zur Neige gehen mußten, wurde dann Kurzarbeit eingeführt, der sich Anfang Februar d. J. die Betriebsstillegung auf eine ganze Reihe Wochen anschloß. Der soeben geschilderte Fall ist ein typisches Beispiel dafür, wie die deutschen Industriellen mit ihren Arbeitern und mit der Erwerbslosenfürsorge, deren Mittel auch die Arbeiter und der Staat aufbringen müssen, Schindluder treiben. So wird ein großer Teil des Erwerbslosenheeres geschaffen. Erst nicht genug arbeiten, dann Stillegung. Und die Arbeiter müssen durch ihre Beiträge zur Erwerbslosenfürsorge, und dann der Staat durch das allgemeine Steueraufkommen mit dafür sorgen, daß solche Erwerbslose dann eine kärgliche Unterstützung erhalten können. Und die Arbeitsnachweisstellen, Gewerbeämter und selbstverständlich auch die Parlamente können an diesem Beispiel auch ersehen, daß die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft bei guter Konjunktur mit die größte Ursache der großen Arbeitslosigkeit ist. — Alles rächt sich eben auf der Welt. Weil die Arbeiterschaft der Plüschweberei 1923 ihre Verbandszugehörigkeit aufgab, kann die Firma ihr heute alles bieten. Nicht nur in der Arbeitszeitfrage, sondern auch in anderen Dingen. Es wird Zeit, daß sich die Belegschaft wieder gewerkschaftlich organisiert, damit endlich einmal Ordnung geschaffen werden kann.

Reugersdorf. Wieder hat der unerbittliche Tod eine unserer langjährigen Mitkämpferinnen aus unseren Reihen gerissen. Am 11. Oktober verschied an den Folgen einer Operation ganz plötzlich die Kollegin Hulda **Christoph** im 45. Lebensjahre. Schon lange vor dem Kriege hat die Verstorbene in unseren Reihen gestanden und im Deutschen Textilarbeiterverband sowohl als auch in der Sozialdemokratischen Partei verschiedene Funktionen ausgeübt. Für ihre Arbeit im Interesse des Verbandes wie der gesamten Arbeiterbewegung sei ihr auch an dieser Stelle besonderer Dank gesagt.

Plauen. (Zur Charakteristik der Gelben.) In Plauen haben sich die Gelben in den einzelnen Firmen wieder breit gemacht. Die Unternehmer haben sie mit allen Mitteln gefördert und gestützt. Nun ist es dahin gekommen, daß in einigen Betrieben nur noch Arbeiter eingestellt werden, die sich zum Eintritt in den Gewerkverein bereit erklären und unterschriftlich verpflichten, aus der Gewerkschaft auszutreten. Daß die Unternehmer auch einen Vorteil von dem gelben Werkverein haben wollen, ist selbstverständlich und der tüchtige Vorstand des gelben Werkvereins leistet den Unternehmern jeden Beistand. So hat u. a. der Werkverein der Sächsischen Draht- und Kabelwerke es als seine erste Aufgabe betrachtet, einen Werktarif abzuschließen, der natürlich 15 Proz. niedriger ist, als der mit dem Deutschen Textilarbeiterverband abgeschlossene Tarifvertrag. Mit diesem Tarifvertrag sollte gleichzeitig der Deutsche Textilarbeiterverband als Tarifkontrahent beseitigt werden. Man wollte eben so ganz unter sich sein. Sicherlich ein fein ausgeheckter Plan. Der Schlichtungsausschuß in Plauen, der in dieser Tarifstreitsache vom Deutschen Textilarbeiterverband zur Entscheidung angerufen wurde, hatte dafür aber kein Verständnis und so blieb der Deutsche Textilarbeiterverband Tarifkontrahent. Die Betriebsleitung sowie der Betriebsrat müssen sich also damit abfinden, daß über die Bestimmungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Deutsche Textilarbeiterverband mitentscheidet. Das war eine klatschende Ohrfeige, besonders wenn man bedenkt, mit welchem Aufwand von Beredsamkeit man diese Entscheidung zu verhindern suchte. Leider war es nicht möglich, trotz aller Bemühung eine Erhöhung der Löhne zu erzielen. Der Schlichtungsausschuß stellte sich scheinbar auf den Standpunkt, daß eine Arbeiterschaft, die sich unterschriftlich mit zu niederen Löhnen einverstanden erklärt, auch keine höheren Löhne verdient. Es bleibt also ein Verdienst des Werkvereins, die Löhne so tief herabgebracht zu haben. Es wird die Aufgabe des Deutschen



Textilarbeiterverbandes sein müssen, die Löhne so nach und nach wieder auf ihren ursprünglichen Stand zu bringen. Wenn die Drahtzieher des Werkvereins der Sächsischen Draht- und Kabelwerke ein Gefühl von Blamage in sich hätten, dann müßten sie die Konsequenzen ziehen. Nicht nur des Ausganges der Verhandlung wegen, sondern mehr noch, was sie vor und nach den Verhandlungen zu hören bekamen. Das waren keine Schmeicheleien. Vergebens suchte Herr Zöll vor dem Schlichtungsausschuß seine Schäfchen in Schutz zu nehmen. Es saß, was gesagt wurde. Die meisten von denjenigen, die sich jetzt so energisch für die Werkvereinsbewegung ins Zeug legen, waren früher bei uns organisiert. Sie sind jetzt im Werkverein, weil sie glauben, dort mehr Vorteile für sich persönlich erringen zu können. Bläst der Wind wieder einmal aus anderer Richtung, dann wechseln sie ihre Farbe wieder. Wer weiß, wo die Gesellschaft sich in den nächsten Monaten befindet. Das Urteil über Leute, die jederzeit, je nachdem, die Farbe wechseln und immer dort hingehen, wo persönliche Vorteile winken, überlassen wir der Oeffentlichkeit. **Kohlmus.**

Sagan (Schlesien). (Textilarbeiterinnenversammlung.) Am Donnerstag, den 2. September, fand im Volkshaus eine Textilarbeiterinnenversammlung statt. Die Kollegin Elsa Krummschmidt-Berlin hielt einen Vortrag über das Thema: „**Die Bedeutung der Gewerkschaft für die Textilarbeiterin im Kampf um ihre Rechte.**" Die Referentin verstand es, in einstündigen klaren und sachlichen Ausführungen, den anwesenden Textilarbeiterinnen die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses klarzulegen. Es muß besonders aus ihren Ausführungen hervorgehoben werden, daß es der Deutsche Textilarbeiterverband war, welcher für die Arbeiter, besonders für die Arbeiterinnen, bei Regelung der Arbeitszeit, Lohnerhöhungen, Schwangerinnenschutz, Wöchnerinnenfürsorge und der übrigen sozialen Gesetzgebung voll und ganz die Rechte der Arbeiterschaft gewahrt hat. Aber alle Verbesserungen sind nur möglich, wenn alle Unorganisierten endlich begreifen, daß sie nicht nur Nutznießer sein können, sondern Mitglied des Deutschen Textilarbeiterverbandes werden und Schulter an Schulter mit ihren Kolleginnen kämpfen müssen. Die Aussprache über den Vortrag war sehr lebhaft, und wurden besonders vom Kollegen Rieger noch verschiedene Fragen behandelt, welche zur Aufklärung der Anwesenden notwendig waren. Kollegin Weise als Leiterin der Frauengruppe schloß die Versammlung mit dem Wunsche, daß sich zu den nächsten Frauenabenden noch mehr Kolleginnen einfinden möchten, denn nur durch gemeinsames Wirken kann es mit der Interessenvertretung aller Textilarbeiter, dem Deutschen Textilarbeiterverband wieder **aufwärts und vorwärts gehen.**

Am Abend vorher sprach Kollegin Elsa Krummschmidt über das gleiche Thema in einer Textilarbeiterinnenversammlung in Sprottau. Auch hier verstand es die Referentin den Kolleginnen klar zu machen, daß nur im geschlossenen Kampfe die Lage der Arbeiterschaft gebessert werden kann. Der Erfolg des Abends war die Gründung einer Frauengruppe des Deutschen Textilarbeiterverbandes. An beiden Abenden schloß sich an die Versammlung ein gemütliches Beisammensein, bei welchem die Kolleginnen für gute Unterhaltung sorgten.

Viersen. Ein oller ehrlicher Seemann ist der Direktor Neumann von der Firma C. A. Lange-Kurath. Der Herr Direktor erklärt seinem Arbeiterrat: Unser Betrieb ist rationalisiert. Die neuesten Maschinen sind angeschafft und alte verbessert worden. Die Arbeit ist so eingeteilt, daß jeder Arbeiter heute mehr leisten kann als vordem. Diese Rationalisierung kostet der Firma viel Geld. Ganz allein kann die Firma diese Kosten nicht tragen und da die Arbeiter infolge der Rationalisierung weit mehr verdienen als vordem, muß eine Revidierung (lies Lohnherabsetzung) der Akkordlöhne erfolgen. Die Lohnrevidierung sei auch vom Standpunkt der Einhaltung des Lohntarifvertrages aus berechtigt, denn alle Gruppen verdienten weit über das Tarifmaß. Es sollen deshalb abgebaut werden die Löhne der Winderinnen der Harnischmacherei, der Weber und Weberinnen. Bei allen Stühlen, die über 105 Touren machen, soll der Akkordlohn um 7,5 Proz. gekürzt werden. Da sämtliche Stühle über 105 Touren laufen, würden sämtliche Weblöhne um 7,5 Proz. herabgesetzt. In der Winderei sollen die Löhne um 12,5 Proz. und in der Harnischmacherei um 30 Proz. herabgesetzt werden. Es ist selbstverständlich, daß sich der Arbeiterrat mit aller Kraft gegen die beabsichtigten Lohnkürzungen wendet. Weil nun der Herr Direktor Neuburg auf geradem Wege nicht zum Ziele zu kommen glaubte, versuchte er den krummen Weg zu gehen. Dieser Weg bedeutete, den Arbeiterrat zu infamieren. Mit aufgesteckter Arbeiterfreundlichkeit trat er an den Arbeiterrat heran und eröffnete ihnen folgendes:

Daß unsere Löhne viel zu hoch sind, die Tariflöhne zu weit überschritten werden, das wißt Ihr alle, und daß wir die Löhne nicht weiter zahlen können, das wißt Ihr auch. Ihr seid sogar verpflichtet, mit mir die Löhne zu revidieren (herabzusetzen), wenn Ihr den Tarif richtig überwachen wollt. Ihr stoßt aber auf den Widerstand der Arbeiter. Ich weiß, daß das eine unangenehme Sache ist. Aber warum wollt Ihr Euch all diese Scherereien mit den Arbeitern machen. Die Akkordlöhne müssen ja doch heruntergesetzt werden, und da solltet Ihr Euch auch nicht so sehr dagegen stemmen, und wenn die verschiedenen Hetzer nicht im Betriebe wären, dann würden wir ja auch einig. Was ich Ihnen noch sagen wollte. Ich könnte ihnen doch eigentlich die Last der Verantwortung etwas abnehmen und alles auf meine Schultern nehmen. Da wüßte ich einen Vorschlag: **Legen Sie Ihre Aemter als Arbeiterrat nieder und lassen Sie mich einmal zwei Monate lang schalten und walten wie ich will, und Sie werden sehen, daß ich die Akkordlöhne richtig setzen und alles in Ordnung bringen werde, und Sie haben dann mit den Arbeitern keine Krakeelerei, können ruhig arbeiten und waschen ihre Hände in Unschuld.**"

In der Fabel hörten wir schon einmal, daß der Fuchs die Hühner zum Spiel einlud. Aus alter Erfahrung glaubten die Hühner aber doch nicht recht und flogen davon, und so auch die Arbeiterratsmitglieder, aus Empörung über die Gemeinheit, die in dem Vorschlag liegt. Bei allen Lohnverhandlungen redet dieser Herr Neuburg von erheblichen Lohnüberschreitungen, und wenn er einmal den Mund auftut — er hat ihn immer voll —, dann spricht er von 50, 70 und mehr Prozent. Sehen wir uns die letzte Lohnübersicht einmal an. Nach den Bestimmungen derselben müssen 60 Proz. einer Gruppe plus 10 Proz. des Tariflohnes verdient haben. In der monatlichen Lohnübersicht vom 27. Juli bis 23. August 1926 hat der Stickarbeiter verdient:

	Tariflohn	plus 20 Proz.	Stickarbeit	über Tarif
Weberei Gruppe C, Männer	52,0 Pf.	62,5 Pf.	65 Pf.	4 Proz.
„ D, „	53,5 „	64,0 „	68 „	6 „
„ B, Frauen	45,0 „	54,0 „	60 „	13 „
„ C, „	46,5 „	56,0 „	78 „	40 „
„ D, „	48,0 „	57,5 „	66 „	14 „
Winderei	42,5 „	52,0 „	59 „	13 „
Schererei	43,5 „	52,0 „	58 „	11 „

Am 20. September hat Herr Neuburg durch Anschlag bekannt gemacht, daß für die Weberei der Lohn um 7,5 Proz. gekürzt wird. Andere Lohnkürzungen sollen folgen.

Waldkirch i. B. Anläßlich der Werbewoche des Deutschen Textilarbeiterverbandes hatte die Bezirksfiliale Waldkirch am Sonntag, den 12. September in Denzlingen ein gemeinsames Treffen aller zum Filialbereich gehörigen Ortsgruppen veranstaltet. Die Veranstaltung, welche im „Grünen Baum" stattfand und zugleich als Ausflug gedacht war, zeigte ein volles Haus. Da auch der Bezirksvorstand für Tanzbelustigung gesorgt hatte und die Kolleginnen und Kollegen sofort beim Eintreffen von dieser Belustigung Gebrauch machten, konnte man an den freudigen Gesichtern feststellen, wie wohl sich die Textilarbeiter fühlten, einmal unter sich mit Gleichgesinnten das alltägliche Leben auf kurze Zeit abschütteln zu können. Die Ansprache hatte der Kollege Kahle von der Geschäftsleitung übernommen und in kurzen Worten zeigte er den Anwesenden wie notwendig es ist, sich seiner Berufsorganisation anzuschließen. An die Jugendlichen richtet er seinen Appell, sich ein Beispiel an den Pionieren der Gewerkschaft zu nehmen. Trotz aller Schikanen und Verfolgungen von seiten der Unternehmer und Behörden bei Gründung der Organisation stehen diese alten Kollegen heute noch zur Organisation. Aber auch nicht bloß bei Vergnügungen soll man sich erinnern, daß man organisiert ist, sondern bei allen Veranstaltungen soll man seinen Mann stellen und vor allen Dingen die Versammlungen besuchen, um das Gehörte weiterzuverbreiten. Kollege Kahle wies weiter auf die Einigkeit und Geschlossenheit der Arbeitgeber hin; die Arbeiterschaft sollte an dieser Geschlossenheit der Arbeitgeber lernen und sich restlos seiner Berufsorganisation, dem Deutschen Textilarbeiterverband anschließen. Mit dem Appell, sich mit ganzer Kraft der Werbewoche zur Verfügung zu stellen und dafür zu sorgen, daß auch die letzte Kollegin und der letzte Kollege der Organisation zugeführt wird, schloß der Referent seine mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen. Nachdem noch einige Stunden das Tanzbein geschwungen wurde, mußte leider infolge vorgerückter Zeit die Veranstaltung abgebrochen werden. Diese Veranstaltung aber hat gezeigt, daß der Geist innerhalb der Textilarbeiterschaft im Elztal noch lebendig ist. An uns wird es nun liegen, den Zusammenschluß noch weiter auszubauen, bei jeder Gelegenheit für den Deutschen Textilarbeiterverband zu agitieren, dann wird der Erfolg auf unserer Seite sein. Auch für die Textilarbeiterschaft im Elztal muß es heißen: „**Rückwärts nimmer, vorwärts immer!**"

Literatur.

Marx, Engels und Lassalle als Philosophen. Heute, da uns der politische Tageskampf in so hohem Maße gefangen hält, scheint es besonders notwendig, daß wir uns besinnen auf die geistigen Grundlagen des Sozialismus. Nicht etwa, um wieder in die Methode zu verfallen, von der Karl Marx einmal gesagt hat: „Die Deutschen haben in der Politik **gedacht**, was andere Völker **getan haben**." Vielmehr soll damit die Fähigkeit geschärft werden, „die Idee in der Wirklichkeit zu suchen".

In der Schrift **Karl Vorländers „Marx, Engels und Lassalle als Philosophen"** (broschiert 2,50 Mk., Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Berlin SW 68) haben wir einen vorzüglichen Führer durch das philosophische Gebäude unserer großen sozialistischen Denker. Vorländers Schrift, die jetzt in dritter, um ein wichtiges Kapitel vermehrter Auflage erschien, zeichnet sich vor allem durch große Klarheit und Einfachheit in der Darstellung aus. Man fürchte auch nicht, sich durch einen dicken Wälzer durcharbeiten zu müssen. Vorländer hat es verstanden, die Klarheit seiner Darstellung mit Knappheit in der Form zu verbinden.

Unsere hastig rennende Zeit läßt uns nicht allzuviel Muße zum Philosophieren. Aber Karl Marx schrieb schon in seiner Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, daß die Philosophie im Proletariat ihre materiellen und das Proletariat in der Philosophie seine geistigen Waffen finde; und Friedrich Engels, der in seinem „Ludwig Feuerbach" die Beschränkung der Philosophen damit gekennzeichnet hat, daß sie die Welt nur verschieden **interpretiert** (erklärt) hätten, setzte zugleich den sozialistischen Klassenkämpfern die Aufgabe, „es kommt aber darauf an, sie zu **verändern**".

Die Vorländersche Schrift gibt uns nicht nur einen ausgezeichneten Ueberblick über wichtige Probleme des wissenschaftlichen Sozialismus und des historischen Materialismus, sie weist auch zugleich auf die geistigen Aufgaben hin, die uns gestellt sind, damit nicht durch vorzeitliches Erreichen, „wie in der Kirche dogmatische Erstarrung folgt". Die beste Empfehlung der Schrift liegt wohl in der Tatsache, daß sie in verhältnismäßig kurzer Zeit schon die dritte Auflage erlebt.

Gewerkschafts-Archiv. Monatshefte für Theorie und Praxis der gesamten Gewerkschaftsbewegung. Herausgegeben von Karl Zwing, Jena. Oktoberheft 1926. Verlag Karl Zwing, Verlagsbuchhandlung Jena, St.-Jakob-Str. 36. Vierteljahresabonnement 3,60 Mk.

Auch das Oktoberheft dieser anerkannt guten Zeitschrift bringt wieder eine Fülle aktueller gediegener Aufsätze. Dazu die stets interessanten Uebersichten über die verschiedensten gewerkschaftlichen Stoffgebiete. Buchbesprechungen und eine umfangreiche gewerkschaftliche Bibliographie vervollständigen das Heft. Die Zeitschrift sollte vor allem in keiner Ortsverwaltung fehlen.